

Protokoll der 8. Sitzung

**Dienstag, 5. Dezember 2023, 19.00 - 23.10 Uhr,
im Gemeindesaal**

Vorsitz

Christine Knüsel-Bachofer, Präsidentin

Protokollführerin

Nicole Keusch, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzähler

- Andrin Battaglia
- Elias Fricker

Präsenz

Es sind 39 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr liegt bei 20.

Entschuldigt ist Jürg Kaufmann.

Traktandenliste

1. Inpflichtnahme von Bernhard von der Crone anstelle der zurückgetretenen Anna Leibbrandt
2. Budget 2024
3. Spitex Region Aarau; Gründung der Interkommunalen Anstalt "Spitex Region Aarau", Annahme der Anstaltsordnung und Zustimmung zur Leistung eines Dotationskapitals
4. Stiftung Alters- und Pflegeheim Steinfeld Suhr, Austritt der Gemeinde Buchs
5. Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend tiefere Energiepreise statt Millionen Dividenden (wird vom Gemeinderat abgelehnt)
6. Postulat von Denise Zeller Xenaki, die Mitte, betreffend vertiefte Analyse der finanziellen Entwicklung der Gemeinde im Hinblick auf den Aufgaben- und Finanzplan 2025 - 2027 mit Einsetzung einer Begleitgruppe (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
7. Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Beiträge KEBA (wird vom Gemeinderat abgelehnt)
8. Motion von Samuel Hasler, SVP, betreffend Auflösung der Kreisschule Aarau-Buchs (wird vom Gemeinderat abgelehnt)
9. Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Satzungsänderungen Kreisschule Aarau-Buchs (wird vom Gemeinderat abgelehnt; wurde als Motion eingereicht und vom Motionär am 27.10.2023 in ein Postulat umgewandelt)
10. Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Unterstützung der Gemeinde durch Sozialhilfebezüger (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
11. Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Betriebskosten Schwimmbad Suhr-Buchs-Gränichen (wird vom Gemeinderat abgelehnt)
12. Motion von Samuel Hasler, SVP, betreffend Anpassung Reglement für die Ausrichtung von Beiträgen an die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung (wird vom Gemeinderat abgelehnt)
13. Motion von Samuel Hasler, SVP, betreffend Auflösung des Einwohnerrats (wird vom Gemeinderat abgelehnt)
14. Wahl der Präsidentin/des Präsidenten für die Amtsdauer 2024/2025
15. Wahl der Vize-Präsidentin/des Vize-Präsidenten für die Amtsdauer 2024/2025
16. Wahl von 2 Stimmezählerinnen/Stimmezählern für die Amtsdauer 2024/2025
17. Eingänge
18. Verschiedenes
19. Schlusswort der Präsidentin

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

Inpflichtnahme von Bernhard von der Crone anstelle der zurückgetretenen Anna Leibbrandt

Bernhard von der Crone wird von der Ratspräsidentin vorschriftsgemäss in Pflicht genommen.

Budget 2024

(Budget des Gemeinderats vom 5. Dezember 2023)

Herr Beat Spiess, Präsident der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): An der Einwohnerratssitzung vom 19. Oktober 2023 ist das Budget mit einer Steuerfusserhöhung von 10 % auf 118 % knapp mit 18 : 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt worden. Der Gemeinderat schlägt uns ein Budget vor wie bei der Schlussabstimmung am 19. Oktober, d. h. abzüglich der einzigen Streichung, welche der Einwohnerrat beschlossen hatte, nämlich die Streichung der geplanten Hydrokultur im Betrag von Fr. 6'000.--. Der beantragte Steuerfuss beträgt also wiederum 118 %, also eine Erhöhung des Steuerfusses um 10 %. Bei der Erfolgsrechnung gibt es nur geringfügige Änderungen: Der Aufwand reduziert sich um Fr. 6'000.-- und das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit wie auch das Gesamtergebnis verbessern sich um diese Fr. 6'000.--. Zur Investitionsrechnung: die Selbstfinanzierung und der Finanzierungsüberschuss verbessern sich um Fr. 6'000.--. Der Gemeinderat hält in seinem Bericht fest, dass sich die finanzielle Ausgangslage für die Gemeinde Buchs mit der Ablehnung des Budgets durch den Einwohnerrat nicht verändert hat. Der Gemeinderat hält an seiner 2018 für die Jahre ab 2019 erarbeiteten Strategie auch für das Budget 2024 und für die Planjahre 2025 - 2027 fest.

Die Eckpfeiler sind:

- Max. Gesamtschulden von 38 Mio. Franken im Jahr 2027
- Nettoschuld von höchstens 28 Mio. Franken im Jahr 2027
- Nettoschuld pro Einwohner von Fr. 3'500.--
- Selbstfinanzierungsgrad von mind. 50 %

Begründung für deutliche Steuererhöhung

- Die gebundenen Ausgaben sind angestiegen
- Die Zinslast ist gestiegen
- Der Steuerertrag bei den juristischen Personen ist rückläufig
- Der Pro-Kopf-Steuerertrag bei den natürlichen Personen ist tiefer als im kantonalen Durchschnitt
- Und vor allem mit dem hohen Investitionsvolumen bei
 - o Schulbauten und
 - o Strasseninfrastruktur

"Vergleich Strategie 2018 vs. Ist-Zustand"

Der Gemeinderat vergleicht die Werte der Finanzstrategie 2018 mit dem Ist-Zustand und zeigt die Auswirkungen des neuen Steuerfusses von 118 % und der geplanten Veräusserung von Finanzvermögen auf:

	Strategie 2018 Stand 2018	Strategie 2018 Stand 2023	Steuerfuss 118 %, Veräusserung von Finanzvermögen
Max. Gesamtschulden 2027	Fr. 38 Mio.	Fr. 41.2 Mio.	Fr. 36.4 Mio.
Nettoschuld 2027	Fr. 28 Mio.	Fr. 42.8 Mio.	Fr. 36.3 Mio.
Nettoschuld pro Einwohner	max. Fr. 3'500.--	Fr. 4'038.-- (2026)	Fr. 4'154.-- (2027)

2018 war für die Nettoschuld pro Einwohner noch eine Begrenzung von Fr. 3'500.-- vorgesehen. Schon da war eine vorübergehende Überschreitung der vom Kanton vorgegebenen maximalen Nettoschuld pro Kopf (Fr. 2'500.--) vorgesehen. Gemäss Aufgaben- und Finanzplan kann das Ziel bis 2026 eingehalten werden. Aufgrund des hohen Investitionsvolumens steigt die Nettoschuld pro Einwohner mutmasslich auf Fr. 4'154.-- im Jahr 2027. Über die Planperiode hinaus wird eine Nettoschuld pro Einwohner von bis zu Fr. 6'520.-- im Jahr 2032 errechnet. Ohne die geplante Steuerfusserhöhung überschreitet die Nettoschuld pro Einwohner bereits im Jahr 2025 mit einem Betrag von Fr. 4'038.-- die gesetzte Limite von Fr. 3'500.--. Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt, in welchem Umfang Investitionen durch den eigenen Haushalt getragen werden können. Der Selbstfinanzierungsgrad schwankt aber von Jahr zu Jahr erheblich. Nach dem Aufgaben- und Finanzplan 2024 - 2027, welcher von 2024 bis 2031 einen Steuerfuss von 118 % vorsieht, wird das Ziel 2026 einmal deutlich und erst ab 2030 übertroffen (Selbstfinanzierungsgrad von 50 %). Soweit die Begründungen des Gemeinderats.

In der FGPK gab es zwei Anträge zum Steuerfuss: Antrag Marius Fedeli, SP, Steuerfuss von 125 % und Antrag Samuel Hasler, SVP, Steuerfuss von 113 %. Bei der Gegenüberstellung der beiden Anträge obsiegte der Antrag von Samuel Hasler. Bei der Gegenüberstellung mit dem gemeinderätlichen Antrag, obsiegte der Antrag des Gemeinderats.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 5 : 1 Stimmen (bei 3 Enthaltungen), das Budget 2024 sei zu genehmigen und der Steuerfuss für das Jahr 2024 auf 118 % festzusetzen.

Diskussion

Herr Beat Spiess: Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen. Es gibt unterschiedliche Ansichten zur Situation ums Budget 2024. Die Einen sind entschlossen, vorwärts zu schauen und in den sauren Apfel zu beißen. Aber es gibt auch die Andern. Sie sind nicht zufrieden, 1. wie kommuniziert worden ist, 2. wünschen sich andere, dass eine Steuererhöhung schrittweise vorgenommen wird und 3. wieder andere wünschen sich einen höheren oder einen tieferen als den beantragten Steuerfuss. Solche Begründungen sind vorgebracht, um am Ende gegen das Budget 2024 zu stimmen. Aber sind dies wirklich gute Gründe? Oder sind es nicht eher Vorwände, um sich aus der Verantwortung zu stehlen? Ich finde, wir sollten die Debatte über das Budget 2024 ernsthaft führen. Alle Positionen sollten auf den Tisch gelegt werden. Und nicht nur Positionen. Es geht um Argumente und die Bereitschaft, Kompromisse zu schliessen, und zwar so, dass am Ende eine Mehrheit ja sagen kann zum Budget. Wir alle wissen, dass bei einem zweiten Nein das Budget vom Regierungsrat festgelegt wird. Wir können also scheinbar gefahrlos nein sagen zum Budget. Wir haben ein Sicherheitsnetz. Irgendwann im 2024 beschliesst der Regierungsrat für Buchs ein Budget. Irgendwann steht dann wieder Geld zur Verfügung. Die Verlockung einfach nein zu sagen ist also mit dem Sicherheitsnetz noch grösser als ohne. Mit einem Nein kann ein Zeichen gesetzt werden, sagen viele. Die Frage ist nur, was ist das für ein Zeichen? Wie wird es gedeutet werden? Kann es am Ende nicht jeder so deuten, wie es ihm gefällt? Sind das nicht Risiken, die wir vermeiden sollten? Und sind wir nicht gerade dafür gewählt worden hier - in einer schwierigen Situation - unseren Job zu machen? Wir sollten die Debatte über das Budget 2024 seriös führen. Und mit unseren Voten und Entscheiden eindeutige Signale geben. Zum Budget, das nach der Beratung und Beschlüssen vorliegen wird, sollten wir ja sagen. Ja, auch zu den Kompromissen. Damit geben wir nämlich auch der Bevölkerung die Möglichkeit, sich gründlich zu informieren, Stellung zu nehmen an einer Informationsveranstaltung und an der Urne (als Souverän) zu entscheiden. Aus diesen Überlegungen heraus und aus Gründen der Transparenz beantrage ich, dass wir jetzt, im Voraus, darüber entscheiden, die Schlussabstimmung unter Namensaufruf

durchführen (Geschäftsordnung des Einwohnerrats § 34 Abs. 9 Ein Viertel der anwesenden Mitglieder kann verlangen, dass die Abstimmung unter Namensaufruf oder geheim stattfindet).

Abstimmung über den Antrag von Beat Spiess

Die Schlussabstimmung sei unter Namensaufruf durchzuführen.

Der Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen gutgeheissen.

Herr Gemeinderat Tony Süess: Danke an Beat Spiess für sein Votum. Er hat das sehr gut und treffend formuliert. Der Gemeinderat hat es sich nach der Rückweisung nicht einfach gemacht. Wir haben ausführlich diskutiert, wo etwas gestrichen werden könnte. Aber es ergaben sich keine neuen Begebenheiten und es hat sich nichts geändert. Daher halten wir - auch aufgrund der Modellrechnungen - an diesem Steuerfuss von 118 % fest. Wie schon mehrfach erwähnt, haben wir die rund Fr. 6'000.-- für die Hydrokulturen gestrichen. Aus unserer Sicht macht es keinen Sinn am Steuerfuss zu schrauben, da dies nicht zum Ziel führen würde, das wir vor Augen haben.

Herr Andreas Dober: Wie bereits an der Oktobersitzung zum Ausdruck gebracht, ist die glp mit dem vorliegenden Budget 2024 nicht einverstanden. Einerseits erachten wir den Steuerfuss von 118 % langfristig für unsere Gemeinde als nicht tragbar, andererseits ist das vorliegende Budget weder ausgeglichen noch detailliert genug. Wir können nicht hinter dem vorliegenden Budget stehen, möchten aber eine Volksabstimmung zum Budget 2024 nicht gefährden. In diesem Sinne haben wir seitens glp entschieden, dem Budget zuzustimmen, haben aber konkrete Erwartungen an das weitere Vorgehen bezüglich dem mittelfristigen Gemeindebudget. Einerseits erhoffen wir uns, dass die Diskussion zum Budget 2025 so früh wie möglich - idealerweise bereits im Frühjahr 2024 - beginnt, dass die mittelfristige Budgetplanung 2025 - 2027 durch eine Begleitgruppe eng begleitet wird, und dass die Veräusserung von strategischem Finanz- und Verwaltungsvermögen zeitnah vorangetrieben wird (dabei stehen primär die Parzellen an der Mitteldorfstrasse und der Perimeter Dorfmetzger zur Diskussion). Abschliessend sind wir der Überzeugung, dass die Eigenständigkeit unserer Gemeinde keine nachhaltige Lösung mehr ist. Ein Zusammenschluss mit Aarau ist deshalb zu prüfen, insbesondere auch dessen möglichen Einfluss auf die finanzielle Entwicklung unserer Gemeinde.

Herr Samuel Hasler: Auch die SVP hat das Budget geprüft. Wir waren entsetzt, was uns der Gemeinderat hier vorlegt. Er hat jeglichen Aufwand gescheut und uns genau das selbe, abgelehnte, Budget vorgelegt. Ich sagte, böse Zungen behaupten, dass der Gemeinderat gar nicht will, dass die Stimmbevölkerung übers Budget abstimmen kann und der Regierungsrat einfach ein Machtwort sprechen soll. Heute korrigiere ich mich, das sind nicht nur böse Zungen, das ist schlichtweg Realität. Der Gemeinderat bringt uns eins zu eins das selbe Budget. Er ist nicht bereit, den Willen des Einwohnerrats zu respektieren und ein anderes Budget vorzulegen. Was wir nun haben ist ein Scherbenhaufen und wir müssen nun schauen, was wir damit machen. Ich beruhige euch, wir werden nicht wieder 36 Anträge stellen oder Motionen und Postulate einreichen. Wir haben an der letzten Sitzung klar gezeigt, dass es Möglichkeiten gibt und wir Lösungsansätze sehen, dass auch bei einem Steuerfuss von 113 % ein Budget umsetzbar wäre. Heute stellen wir aber den **Antrag**, analog FGPK, der Steuerfuss für das Jahr 2024 sei auf 113 % zu setzen.

Frau Heike Suter: Wir von der Fraktion SP und Grüne haben uns schon die letzten 20 Jahre gegen Senkungen des Steuerfusses und für ausgeglichene Budgets ausgesprochen. Ihr erinnert euch, letztes Jahr hat unsere Fraktion das Budget grossmehrheitlich abgelehnt. Bereits da war uns die Vision und die langfristige Finanzstrategie des Gemeinderats nicht bekannt. Jetzt ist die Situation noch schlimmer geworden, da mit dem Budget die Steuererhöhung plötzlich unausweichlich geworden ist, und uns kein anderer Ausweg bleibt. Wir fragen uns, warum es so weit gekommen ist und warum nicht früher darüber diskutiert wurde. Buchs wird derweil als Wohn- und Arbeitsgemeinde immer unattraktiver. Wir befinden uns jetzt in

einer Bredouille. Die SP/Grüne-Fraktion wird unterschiedlich abstimmen, aber dies aufgrund der verschiedenen Perspektiven. Es geht uns 1. darum, dass wir die Steuerfusserhöhung auf 118 % mindestens bestätigen, 2. besteht das grosse und eigentliche Bedürfnis nach einem ausgeglichenen Budget, welches ohne ein so grosses Defizit abschliessen kann, welches mit dem Budget trotz Steuerfusserhöhung nicht erfüllt werden kann. Dies wäre aus unserer Sicht nur mit einem noch höheren Steuerfuss als 118 % erreichbar. Wir reichen auch vor diesem Hintergrund heute ein Postulat ein, welches eine Umfrage bei der Bevölkerung fordert. Wir, die Einwohner von Buchs, müssen die Zukunft der Gemeinde gemeinsam in die Hand nehmen und die finanzielle Misere stemmen. Hier ist es uns ein Anliegen, die Bevölkerung bezüglich Vorgehen in der Verschuldung der Gemeinde einzubeziehen, damit schlussendlich nicht der Kanton über unseren Steuerfuss entscheiden muss. Wir wünschen uns heute, wie die FDP, eine klare Haltung aller Einwohnerräte zum vorliegenden Budget.

Frau Heidi Niedermann: Die Fraktion der Mitte vertritt weiterhin die Meinung, dass die Bevölkerung im kommenden Jahr bereits durch höhere Mietzinse bzw. den Anstieg von Hypothekarzinsen, durch höhere Krankenkassenprämien und durch die allgemeine Teuerung auch im Nahrungsmittelbereich stark belastet ist. Heute konnte in der Aargauer Zeitung gelesen werden, dass auch die Strompreise in Buchs merklich steigen werden. Die vorgesehene Steuererhöhung von 10 % ab nächstem Jahr erachten wir immer noch als einschneidende Mehrbelastung, nicht nur für Personen mit niedrigem Einkommen. Wir sind uns aber auch bewusst, dass aufgrund der finanziellen Schiefelage unserer Gemeindefinanzen eine Steuerfusserhöhung unumgänglich ist, hätten uns aber aus vorgenannten Gründen eine gestaffelte Erhöhung gewünscht. Da es uns wichtig ist, dass die Buchser Stimmbevölkerung an der Urne auch ihre Meinung zum Budget und der Steuerfusserhöhung abgeben kann, werden wir uns bei der Schlussabstimmung der Stimme enthalten. Nach wie vor sind wir überzeugt, dass eine vertiefte Analyse der finanziellen Situation und Perspektiven unserer Gemeinde mit Einsetzung einer überparteilichen Begleitgruppe notwendig ist. Dabei erachten wir auch die Begleitung durch eine externe Finanzberatung aus dem Bereich öffentliches Finanzwesen als zielführend.

Gegenüberstellung des Antrags von Samuel Hasler und des Antrags des Gemeinderats

Antrag Samuel Hasler:

Der Steuerfuss für das Jahr 2024 sei auf 113 % zu setzen (+ 5 %).

Antrag des Gemeinderats:

Der Steuerfuss für das Jahr 2024 sei auf 118 % zu setzen (+ 10 %).

Der Antrag des Gemeinderats obsiegt mit 23 : 12 Stimmen (bei 4 Enthaltungen).

Herr Samuel Hasler: Wir stehen am Ende der Budgetdebatte wieder bei einem Steuerfuss von 118 %. Die SVP wird das nicht unterstützen. Aber auch wir wollen, dass das Volk entscheidet und seine Meinung dazu äussern kann. Wenn wir nein sagen, wird das Volk nicht gefragt und das Budget geht direkt an den Regierungsrat. Aus diesem Grund werden wir uns als Fraktion der Stimme enthalten. Wir sind immer noch klar gegen das Budget, aber wir wollen, dass das Volk auch etwas zu sagen hat.

Antrag

Das Budget 2024 sei zu genehmigen und der Steuerfuss für das Jahr 2024 auf 118 % (beinhaltet eine Steuererhöhung um 10 %) festzusetzen.

Abstimmung

Dem Antrag wird unter Namensnennung mit 23 : 4 Stimmen (bei 12 Enthaltungen) zugestimmt.

Spitex Region Aarau; Gründung der Interkommunalen Anstalt "Spitex Region Aarau", Annahme der Anstaltsordnung und Zustimmung zur Leistung eines Dotationskapitals

(Botschaft des Gemeinderats vom 17. Oktober 2023)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Tobias Studiger, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Im Zuge der demographischen Entwicklung steigen die Ansprüche an die Spitex-Organisationen stetig. Deshalb wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, welche die "Spitex Region Aarau" entwickelt hat und nun gegründet werden soll. Damit soll die Entwicklung und das Wachstum in der ambulanten Pflege bewältigt werden, eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für die Einwohnerinnen und Einwohner in der Region Aarau aus einer Hand gesichert werden, die Entwicklungen im Personalbereich und der Pflege bestmöglich unterstützt und vorangetrieben werden und Synergien genutzt werden, um dem steigenden Kosten- und Konkurrenzdruck aktiv entgegenzuwirken. Die Spitex Region Aarau soll aus der Stadt Aarau, den Gemeinden Biberstein, Buchs, Erlinsbach AG und Küttigen sowie den drei Spitexvereinen Aarau, Buchs und Aare Nord entstehen. Es soll eine Interkommunale Anstalt IKA gegründet werden (eine noch ungewohnte Rechtsform, welche der Kanton vorgibt). Buchs steuert ein Dotationskapital von Fr. 300'000.-- bei. Dieses wird über die Investitionsrechnung abgeschrieben. Mit diesem Geschäft wird über die umfangreiche Anstaltsordnung entschieden, welche das eigentliche Gründungsdokument darstellt.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 7 : 2 Stimmen, die Anstaltsordnung Interkommunale selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt "Spitex Region Aarau" und die damit verbundene Leistung des Dotationskapitals von Fr. 300'000.-- seien zu genehmigen.

Diskussion

Herr Dieter Stüssi: Auf den ersten Blick erschien mir das Geschäft positiv und sehr verlockend. Ich war zuerst begeistert und dachte das wäre etwas Gutes. Die nähere Betrachtung hat aber bald einige sehr negative Aspekte gezeigt. Offensichtlich haben wir aus dem Projekt Kreisschule nichts gelernt. Wir sind wieder daran, eine grosse Organisation aufzubauen, in einem Bereich, in dem sich die kleineren Zellen bewährt haben. Wir wollen einen unproduktiven, kostspieligen Überbau schaffen mit einer Zentralisierung, die nicht die Effizienz steigert, sondern vor allem Koordinationsprobleme schafft. Kleinere Einheiten sind agiler und können schneller auf Veränderungen reagieren. Spitex-Aufgaben sind Vertrauensaufgaben und mit sehr viel persönlichem Engagement verbunden. Jemand der in einer Gemeinde wohnt und die Leute kennt, hat einen grösseren Output und die grössere Leistung, als jemand der z. B. von Erlinsbach nach Buchs kommt. Der Fachkräftemangel muss für vieles herhalten. Es ist eine Illusion, dass mit einer Zentralisierung dieser Mangel unter Kontrolle gebracht werden kann. Das wird einfach einmal behauptet, ist aber durch nichts belegt. Fachkräfte gewinnt man beispielsweise, indem man die Arbeitsbedingungen attraktiver macht. Ich sehe das in vielen Betrieben, in denen man die abgestammten Mitarbeitenden entlassen und billige aus dem Kaukasus oder sonst woher angestellt hat um die Kosten zu drücken. Mit einem aufgeblasenen Überbau gewinnt man sicher keine neuen Fachkräfte. Sicher gewinnt man Manager mit guten Löhnen, HSG-Abgänger die die Welter verbessern möchten aber sicherlich gewinnt man keine Leute, die

an der Basis "krampfen". Andere Gemeinden, zum Beispiel Aarburg, haben sich dazu entschieden, die Leistungen einzukaufen und sie fahren dabei einiges günstiger. Auch andere Gemeinden sind der gleichen Ansicht. Mit der Zentralisierung sollen Know-How und Prozesse gebündelt und zentrale Dienste gemeinsam erbracht werden. Es muss jedoch keine zentrale Einheit gebaut werden, damit zusammengearbeitet werden kann. Es braucht keine zentrale Einheit um z. B. IT-Systeme anzuschaffen, die gleich sind. Spezialisierte Angebote sollen aus grösseren Teams bedient und weiterentwickelt werden. Ich habe nicht gesehen, wie viele Spezialleistungen eingekauft werden müssen. Die meisten Leistungen, welche die Spitex erbringt, sind ziemlich identisch. Fakt ist aber, dass es lediglich darum geht, dass die Gemeinde die Spitex-Leistungen sicherstellt. Das ist mit wenigen Ausnahmen ein sehr begrenzter Aufgabenbereich und liegt in erster Linie in der physischen Arbeit der Mitarbeitenden. Diese brauchen keine Direktiven einer Gesamtleitung. Ihre Basis liegt in der Nähe und muss nicht über das Verkehrschaos Aarau erreicht werden. Spitex-Aufgaben sind Vertrauensaufgaben, die persönliche Nähe brauchen, eine Grossorganisation passt da nicht. Bei Engpässen sind Priorisierungskonflikte vorgegeben. Ich sehe grosse Probleme, wenn eine solche Priorisierung vorgenommen werden muss. Wir sollten nun Fr. 300'000.-- an das Dotationskapital beisteuern. Gleichzeitig verzichten wir faktisch wie bei der Kreisschule auf direkte Einflussnahmen. Wenn man eine gemeinsame Struktur bauen will, geht es nicht, dass die einen mehr zu sagen haben, als die anderen. Ich hätte es begrüsst, wenn jede Gemeinde gleich behandelt würde. Wir haben eine Lösung, bei der Stimmen gewichtet werden. Aarau hat von 20 Stimmanteilen deren 7, Buchs nur 3. Buchs hat somit nichts mehr zu sagen. Das erinnert mich an die Kreisschule. Wir geben Kompetenzen weg. Aarau wird bestimmend sein und uns aufdrücken was sie wollen. Nichts hindert die einzelnen Spitex-Vereine daran, besser zusammenzuarbeiten um die hier vorhandenen positiven Aspekte zu erreichen, ohne von der bewährten Struktur abzuweichen. Wenn man schon Synergien sucht, so findet man diese dezentral in den Alters- und Pflegeheimen, denn deren Aufgaben sind mit denen der Spitex weitgehend identisch. Dort könnte tatsächlich ein Austausch stattfinden. Hätte unser Altersheim z. B. den Bedarf von mehr Leuten, und in der Spitex ist eine Überleistung vorhanden, könnte ein Austausch stattfinden. Das wäre von mir aus gesehen wichtig, dass diese Zellen gebildet werden (Spitex und Altersheim) aber nicht, dass dieser Moloch gebaut wird, welcher nichts bringt. Unter dem Strich passiert dort wo gearbeitet wird nichts. Das Geld, das wir oben herausschmeissen, würden wir besser denen geben, welche vor Ort sind.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Zuerst eine Information: Am letzten Freitag hat Biberstein neben Erlinsbach und Aarau zugestimmt. Gemäss § 27 der Anstaltsordnung kann die IKA somit gegründet werden, da 50 % des Dotationskapitals zusammen ist. Bis Mitte Dezember sollten dann alle Gemeinden abgestimmt haben. Dieter Stüssi, du schilderst in deinem Votum einen Albtraum, der sehr viel Fantasie beinhaltet. Ich möchte einige Punkte herauspicken. Der Vergleich mit der Kreisschule ist wie Apfel mit Birnen zu vergleichen. Es gibt etliche Gründe, die diesen Vergleich nicht zulassen. Das ist an den Haaren herbeigezogen. Zweitens möchte ich ergänzen, ein Moloch war früher ein kinderfressender Gott, das hat absolut nichts mit dieser Organisationsstruktur zu tun. Im Moment ist Fakt, dass wir als Spitex in den letzten Wochen - ich war eins zu eins informiert von der Geschäftsleitung - unsere Leistungen eingrenzen mussten, weil das Personal fehlt. Und es fehlt uns, weil wir als Spitexorganisation viel zu klein sind. Wir können gerade die speziellen Spitexleistungen - und hier unterscheiden wir uns massiv vom Alterszentrum - nicht mehr anbieten, weil uns das Personal in der Kinder- und Psychiatriespitex etc. fehlt. Wir haben vor einem Jahr den Psychiatriezusammenarbeitsvertrag aufgelöst (wir mussten pro Stunde über Fr. 100.-- bezahlen). Wir haben ausgerechnet, was es uns kosten würde, wenn wir die Leistung selber erbringen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir 30 bis 40 % günstiger kommen. Das sind alles Kosten, welche die Gemeinde weniger bezahlen muss. Zum dritten noch dies: Die Logistik ist ein klarer Wert, welcher Kosten verursacht zu Lasten der Gemeinde. Ich gehe davon aus, dass zwei bis drei, vielleicht sogar vier, Standorte aus logistischen Gründen nötig sein werden, um die Restkosten - welche eben die Gemeinde übernehmen muss - möglichst tief zu halten. Dieter Stüssi, nimm bitte mal mit mir Kontakt auf, dann können wir das analysieren, ich kann dich mit Fachkräften in Verbindung setzen, welche für die Lösung sind, weil es für sie ein Vorteil ist. Wenn von Fachkräftemangel gesprochen wird, müssen der Lohn und die

Arbeitsbedingungen angeschaut werden und es muss ein spannender Job sein. Ein spannender Job heisst, dass ein Psychiatriespezialist diese Leistung anbieten kann und zwar nicht nur zu 20 bis 30 %.

Herr Elias Fricker: Wir von der Mitte unterstützen das Projekt grundsätzlich sehr. Aus unserer Sicht ist die grössere Organisation der Spitex fördernd, um das HR-Management zu professionalisieren, was für ein attraktives Anstellungs-/Arbeitsumfeld und insbesondere für die Personalrekrutierung/-entwicklung zentral ist. In betriebswirtschaftlicher Hinsicht können mit der regionalen Organisation der Spitex bedeutende Synergien in den Bereichen Administration und Informatik genutzt werden. Für uns von der Mitte ist es sehr wichtig, dass auch in der Spitex Region Aarau über Ende 2026 hinaus mit Aussenstandorten operiert wird. Zusätzlich zum Hauptstandort in Aarau sind deshalb auch in der Gemeinde Buchs und im Bereich Aarau Nord - gegenüber heute redimensionierte - Standorte beizubehalten. Damit wäre auch in der neuen Organisation gewährleistet, dass die Patientinnen und Patienten von vertrauten Personen betreut werden. Dies liegt nicht nur im Interesse der Patientinnen und Patienten, sondern auch der Spitexorganisation, damit sie optimal und kontinuierlich über die Bedürfnisse und Entwicklung der Patientinnen und Patienten informiert ist. Aus Sicht der Mitte Buchs ist die Organisation generell zweckmässig aufgebaut und bietet Gewähr für eine gute und effiziente Betreuung der Patientinnen und Patienten.

Herr Samuel Hasler: Stand 2022 ist die Spitex Aarau die zweit teuerste Spitex im ganzen Kanton. Buchs liegt auf Platz sieben. Wir haben allgemein also teure Spitexen. Welche Einsparungen erhofft man sich langfristig? Wird das viel billiger? Oder wird mit keinen grossen Einsparungen gerechnet?

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Das kann man höchstens schätzen. Grundsätzlich kann zu den Finanzen folgendes gesagt werden: Die Restkosten - und diese belasten die Gemeinde - betragen aktuell rund Fr. 600'000.--. Wenn du Leistungen beziehst von Fr. 100.-- und Fr. 40.-- die Gemeinde übernehmen muss, werden die Restkosten im Vergleich zu 10 Patienten bei 100 Patienten dementsprechend höher. Je grösser die ältere Bevölkerung, desto höher die Restkosten. Die Restkosten werden also unabhängig von der Fusion steigen. Im Bereich HR kann aber eine Professionalisierung vorgenommen werden. In diesem Bereich sind wir heute teilweise überfordert. Wir erhoffen uns daher im operativen mehr Agilität. Das selbe gilt bei den Finanzen. Auch dort gibt es Optimierungspotenzial bei einem Zusammenschluss. Auch im Bereich Materialbeschaffung sehe ich Potenzial zur Kosteneinsparungen. Im gesamten werden wir vermutlich von der demographischen Welle überrollt, so dass die Einsparungen am Ende nicht sichtbar sein werden. Man könnte höchstens sagen, dass das Defizit ohne Zusammenschluss noch höher wäre. Ich werde vermutlich nicht belegen können, dass es günstiger wird, weil die Restkosten steigen werden.

Herr Patrik Feusi: Wir von der Fraktion EVP unterstützen das Geschäft. Wir finden es eine sehr gute Vorlage. Wir sehen eine Professionalisierung der Dienstleistung und wir glauben auch an Synergieeffekte, welche zur Zufriedenheit der Mitarbeitenden beitragen können. Die drei Spitexvereine werden ebenfalls Dotationskapital zeichnen. Wir gehen davon aus, dass die Vereine aber mehr Eigenkapital haben. Was passiert mit dem verbleibenden Kapital der Vereine? Oder warum bringen die Vereine nicht ihr ganzes Kapital als Dotationskapital ein?

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Der Spitexverein Buchs hat Mittel von rund Fr. 30'000.-- auf der Seite. Was aber vorhanden ist, ist ein Gönnerfonds. Dieser Fonds ist grösser bestückt, es wird von mehreren Fr. 100'000.-- gesprochen. Der Fonds ist aber zweckgebunden. Die Idee ist, dass die bisherigen Spitexvereine entweder jeder für sich oder gemeinsam z. B. Beiträge für Weiterbildungen fürs Personal sponsern könnten. Nächstes Jahr werden z. B. Fr. 40'000.-- aus dem Fonds für eine Weiterbildung ausgerichtet. Die Spitexvereine haben also keine Gelder auf der Seite. Das ist aber auch nicht das Ziel. Das Ziel ist immer eine schwarze Null (inkl. Gemeindebeitrag). Es sind also keine grossen Beträge auf der Seite. In den Fonds hat es grössere Beträge. Soweit mein Kenntnisstand im Moment.

Antrag

Die Anstaltsordnung Interkommunale selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt "Spitex Region Aarau" und die damit verbundene Leistung des Dotationskapitals von Fr. 300'000.-- seien zu genehmigen.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit 29 : 7 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zugestimmt.

Stiftung Alters- und Pflegeheim Steinfeld Suhr, Austritt der Gemeinde Buchs

(Botschaft des Gemeinderats vom 31. Oktober 2023)

Das Eintreten ist nicht bestritten.

Herr Samuel Hasler, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Seit 1986 gibt es die Stiftung Alters- und Pflegeheim Steinfeld. Damals waren Aarau, Rohr, Buchs, Suhr, Unterentfelden, der Verein Bezirksaltersheim Suhr und die Kulturgesellschaft Bezirk Aarau beteiligt. Ziel der Stiftung ist der Betrieb und Unterhalt des Alters- und Pflegeheims Steinfeld in Suhr. Seit 1. Januar 2023 hat die Spitex Suhr mit der Stiftung Steinfeld fusioniert. Es hat sich gezeigt, dass eine andere Strategie hinter der Organisation der Spitex steckt. Die Spitexleistungen und auch andere Leistungen des Steinfelds können nur noch in Suhr beansprucht werden. Aarau, Buchs und Unterentfelden haben andere strategische Ausrichtungen vor allem im Bereich der Spitex, wie vorhin gesehen. Dazu stehen Renovations- und Neubauarbeiten in Aussicht welche Kosten in der Höhe von rund 25 - 30 Mio. Franken auslösen werden. Davon muss Buchs gemäss Stiftungsurkunde einen Anteil von rund 2.3 - 2.7 Mio. Franken tragen. Der Gemeinderat beantragt deshalb wie die Stadt Aarau und die Gemeinde Unterentfelden aus der Stiftung auszutreten. Die Stiftungsaufsichtsbehörde muss dem Austritt zusagen und auch der Stiftungsrat muss zusagen. Die Gemeinde Buchs muss den eingebrachten Teil von Fr. 350'000.-- abschreiben. Eine Möglichkeit dieses Geld aus der Stiftung zu holen gibt es nicht.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), der Austritt der Einwohnergemeinde Buchs aus der Stiftung Alters- und Pflegeheim Steinfeld Suhr sei zu bewilligen und einer dazu nötigen Anpassung der Stiftungsurkunde zuzustimmen.

Diskussion

Das Wort wird nicht verlangt.

Antrag

Der Austritt der Einwohnergemeinde Buchs aus der Stiftung Alters- und Pflegeheim Steinfeld Suhr sei zu bewilligen und einer dazu nötigen Anpassung der Stiftungsurkunde zuzustimmen.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 39 : 0 Stimmen zugestimmt.

Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend tiefere Energiepreise statt Millionen Dividenden (wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Herr Samuel Hasler reichte am 19. Oktober 2023 folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, bei der Eniwa und der Stadt Aarau zu intervenieren, dass diese in Zukunft allfällige Gewinne und Dividenden nutzt, um die Preise von Produkten mit Monopolstellung, zu verringern.

Diskussion

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Das Postulat kommt sympathisch daher. Es trifft den Nerv der Zeit und widerspiegelt das Bedürfnis der Bevölkerung. Ich glaube der Hauptzweck des Postulats wurde mit der medialen Berichterstattung bereits erreicht. Mit einem Aktienanteil von 0.91 % haben wir aktienrechtlich keine Möglichkeit an der Generalversammlung oder sonst Einfluss zu nehmen. Wir haben auch kein Mitglied im Verwaltungsrat. Dass die Eniwa bei der Preisgestaltung sensibilisiert ist, sieht man im Bereich Erd- und Biogas, bei welchen per 2024 Preissenkungen angekündigt sind. Beim Strom sieht es nicht so aus. Es sind weiterhin Defizite prognostiziert. Die Berechnung des Durchschnittspreises ist im Umbruch. Wie man aber gehört hat, ist mit einer Preissteigerung zu rechnen. Es gibt aber noch einen zweiten Weg, bei dem der Gemeinderat bereit wäre etwas zu unternehmen. Wir können den Stadtrat Aarau, Aarau ist Hauptaktionärin der Eniwa, anschreiben und ihn bitten oder auffordern im Sinne des Postulats die Strategie zu ändern. Wir müssen uns im Klaren sein, dass das ein Alibi ist. Aber wir machen das. Bewirken können wir bei diesem Thema aber nichts. Da wir keine Möglichkeit haben, politisch wirksam etwas zu unternehmen, beantragen wir Abweisung des Postulates.

Herr Samuel Hasler: Du sagst, ihr könntet dem Stadtrat Aarau einen Brief schreiben und darum bitten, die Eignerstrategie anzupassen. Mein Postulat beinhaltet ja bei der Stadt Aarau zu intervenieren. Ich habe nicht gesagt, dass an der Generalversammlung Einfluss genommen werden muss. Es geht darum bei der Eniwa in irgendeiner Form zu intervenieren, das kann mit einem Brief, einem Telefon, einer persönlichen Vorsprache oder wie auch immer sein. Wie diese Intervention aussieht ist dem Gemeinderat überlassen. Wenn der Gemeinderat sagen kann, dass Gespräche mit dem Stadtrat Aarau oder der Geschäftsleitung der Eniwa stattgefunden haben, wäre der Zweck des Postulats bereits erfüllt und das Postulat umgesetzt. Entsprechend könnte der Bericht erstellt werden und wir wüssten was zurückgekommen ist. In diesem Sinne möchte ich am Postulat festhalten und Überweisung bitten. Ihr könnt das umsetzen wie ihr wollt und uns Bericht erstatten, was gemacht wurde und was dabei rauskam, sodass wir das sehen können. Ich erwarte nicht, dass der Stadtrat auf 8 bis 10 Mio. Franken verzichten wird, so geizig kann ich die Stadt Aarau schon einschätzen. Aber vielleicht können wir uns hier engagieren zum Wohl aller Gemeinden die aktuell nur "reinbuttern" und die Stadtkasse füllen.

Herr Marius Fedeli: Urs Affolter konnte deutlich machen, dass der Gemeinderat willens ist, auf den Stadtrat Aarau zuzugehen. Daher muss das Postulat aus meiner Sicht nicht mehr überwiesen werden. Von mir aus gesehen muss der Gemeinderat danach nicht ein Jahr an einem Bericht schreiben, sondern kann uns danach einfach mündlich darüber informieren.

Herr Urs Truttmann: Ich schliesse mich dem Vorredner an. Das Postulat ist inhaltlich klar. Wir haben gehört, dass es nicht einfach möglich ist, die gesetzliche Lage wie die Preise zu Stande kommen ist recht

klar. Mit den Mehrheitsverhältnissen wird es schwierig hier zu intervenieren. Somit ist es für mich eine reine Beschäftigung der Verwaltung und daher bitte ich euch um Ablehnung. Wenn der Gemeinderat das sinngemäss weiterleitet ist die Botschaft in Aarau angekommen und der Vorstoss hat seinen Zweck auch ohne Überweisung erfüllt.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 28 : 9 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) nicht an den Gemeinderat überwiesen und von der Kontrolle abgeschrieben.

Postulat von Denise Zeller Xenaki, die Mitte, betreffend vertiefte Analyse der finanziellen Entwicklung der Gemeinde im Hinblick auf den Aufgaben- und Finanzplan 2025 - 2027 mit Einsetzung einer Begleitgruppe (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)

Frau Denise Zeller Xenanki reichte am 19. Oktober 2023 folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt eine vertiefte Analyse der finanziellen Situation und Perspektiven der Gemeinde vorzunehmen. Namentlich soll die Investitionsplanung auf Verzichts- und Reduktionsmöglichkeiten überprüft werden. Ausserdem sollen verschiedene Handlungsmöglichkeiten und Strategien für die langfristige Entwicklung von Buchs aufgezeigt werden.

Dazu wird vom Gemeinderat eine Begleitgruppe mit Vertretungen der Parteien/Fraktionen eingesetzt. Zudem soll eine externe Finanzberatung aus dem Bereich öffentliches Finanzwesen beigezogen werden. Diese Arbeiten sollen so rasch als möglich gestartet werden und bis Ende Mai 2025 abgeschlossen sein.

Die Diskussion wird nicht verlangt. Somit gilt das Postulat als überwiesen.

Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Beiträge KEBA (wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Herr Samuel Hasler reichte am 19. Oktober 2023 folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass sich die Defizite der KEBA minimieren und die somit verbundenen Kosten für die Gemeinde Buchs. Hierfür könnten beispielsweise die Eintrittspreise um 10 - 20 % steigen.

Diskussion

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Die KEBA ist ähnlich wie die Badi ein Betrieb, der nicht immer schwarze Zahlen schreibt. Das ist absolut unbestritten. Wir sitzen zusammen mit anderen Gemeinden im gleichen Boot. Die KEBA ist sehr wohl bemüht, dass die Eintrittszahlen steigen oder zumindest konstant bleiben. Eine Eintrittspreiserhöhung, welche du vorschlägst, kommt im Moment nicht in Frage. Die KEBA hat die Preise unlängst bereits erhöht. Die ganze Geschichte mit den Schulen: Die Schulen finden das Angebot äusserst attraktiv, die Schülerinnen und Schüler gehen in Scharen auf die KEBA. Es ist eine tolle Alternative zur Turnhalle. Es wäre schade der Schülerschaft diese Möglichkeit zu verbauen, denn daraus werden auch neue Besucherinnen und Besucher generiert. Viele Kinder standen noch nie auf Schlittschuhen und haben keine Erfahrung damit. Wenn über die Schule so neue Kundschaft generiert werden kann, vielleicht sogar neue Eishockeyspielerinnen und Eiskunstläufer, können wir etwas für die Zukunft tun. Wenn wir hier noch die Preise erhöhen, verbauen wir uns die Zukunft selber. Das fänden wir und der Verwaltungsrat sehr schade und daher kommen höhere Eintrittspreise aktuell nicht in Frage.

Herr Samuel Hasler: Ich finde es schade, dass das Postulat nur auf die Preiserhöhung reduziert wird, dies sollte lediglich als Beispiel dienen was unternommen werden kann. Man könnte auch andere Ansätze überprüfen. Ich habe wieder die Worte von Tony Süess im Kopf, der immer wieder sagt, dass 95 % der Ausgaben gebunden sind. Die KEBA, genauso wie die Badi, ist eine gebundene Ausgabe. Wir können nichts dagegen machen, wir müssen die Rechnung der Defizitübernahme der KEBA bezahlen, ob wir wollen oder nicht. Ich glaube es ist dringend notwendig, dass wir im Bereich der KEBA und der Badi aktiv werden, sodass eine Lösung gefunden wird. Auch dass wir aus Sicht des Einwohnerrats - wenn wir das Budget in erster Instanz verabschieden - etwas unternehmen können um diese Schieflage zu regeln. Das Problem der KEBA besteht nicht seit diesem oder letztem Jahr, sondern schon x Jahre. Es ist keine Besserung in Sicht. Die einzige Besserung die es bisher gab, sind die Schülerabos, aber dabei handelt es sich um nichts anderes als eine Subvention auf Umweg Kreisschule. Aber de facto ist die KEBA immer noch defizitär und ich glaube es ist wichtig, dass das angegangen wird. In diesem Sinne würde ich mich über die Überweisung des Postulats freuen.

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Selbstverständlich finden auch Gespräch mit den umliegenden Gemeinden statt, um diese ins Boot zu holen. Es gibt durchaus Gemeinden, welche ihr Interesse signalisiert haben. Was man bei der KEBA nie vergessen darf: Sie steht ähnlich wie das Brügglfeld an einem ungünstigen Ort. Das alte Eisfeld liegt beispielsweise brach. Mit den Anwohner gibt es aber schlicht und einfach keine Möglichkeit, eine andere Nutzung zu realisieren. Auch dort ist man aber im intensiven Austausch mit den Anwohnenden, es gibt immer wieder Vorschläge. Aber dass wie früher bis um 23.00 Uhr draussen Eishockey gespielt werden kann, geht wegen der Lautstärke nicht mehr. Das selbe gilt für Mu-

sik. Es gibt ganz viele Einschränkungen, die erschwerend wirken, die Situation attraktiver zu gestalten. Die Ideen sind vorhanden, an der Umsetzung hapert es zugegebenermassen noch. Es wäre aber toll, wenn wir eine andere Gemeinde ins Boot holen könnten, das hätte Einfluss auf die von dir genannten Beträge.

Frau Barbara Fäh: Samuel Hasler, du hast von Quersubventionierung der Kreisschule gesprochen. Im Lehrplan 21 hat es im Bereich Bewegung und Sport eine Kompetenz namens "gleiten, rollen, fahren" bei der Schlittschuhlaufen erwähnt wird. Es ist also Aufgabe der Schule. Bei der Traglufthalle gilt das auch. Schwimmen ist ebenfalls im Lehrplan 21 festgehalten, ob man will oder nicht. Wir haben die Chance als Gemeinde, dass wir nahe an einer Eisbahn und an einem Schwimmbad sind. Stell dir vor du gehst weit weg zur Schule und hast eine halbtägige Exkursion für auf die Eisbahn. Ich finde die Nähe zu diesen Anlagen steigert unsere Attraktivität. Wenn die Eintrittspreise erhöht werden, fällt dieses Angebot für Personen resp. Kinder, die eh schon am Minimum leben weg, sofern sie nicht mit der Schule hingehen können.

Frau Heidi Niedermann: Auch wir von der Mitte Fraktion haben uns sowohl zu den Defiziten der KEBA als auch zu den Betriebskosten des Schwimmbades Suhr-Buchs-Gränichen Gedanken gemacht und erachten die in den beiden vorliegenden Postulaten von Samuel Hasler aufgeführten Fragen als wichtig. Die Lösung kann jedoch nicht darin bestehen, einfach die Eintrittspreise zu erhöhen. Damit würden die Angebote für die Bevölkerung weniger attraktiv und es müsste mit geringeren Besucherzahlen und entsprechenden Mindereinnahmen gerechnet werden. Deshalb werden wir die beiden Postulate ablehnen. Wir sind jedoch der Meinung, dass sowohl die KEBA als auch das Schwimmbad zusammen mit den weiteren beteiligten Gemeinden auf Kosteneinsparungen und die Möglichkeit von Mehreinnahmen ohne Preiserhöhungen überprüft werden müssen. Wir erwarten, dass der Gemeinderat in den zuständigen Gremien der beiden Betriebe entsprechende Anträge stellt. Das Angebot "Ilsauber" der Stadt Aarau wirft auch für uns zahlreiche Fragen auf. Anders als die Anfrage von Samuel Hasler bezüglich "Finanzielle Folgen von Ilsauber Aarau für die KEBA und für die Gemeinde Buchs" beunruhigt uns das Angebot jedoch nicht in erster Linie wegen allfälliger Mindereinnahmen bei der KEBA. Hingegen sind wir der Meinung, dass diese sogenannte Attraktion in krasssem Widerspruch zu den allseits bekannten Problemen der Energieverschwendung inkl. Klimaveränderung steht.

Herr Urs Truttmann: Bevor ich an die Einwohnerratssitzung kam, war ich auf der KEBA. Ich bin viel dort, da einer meiner Söhne Eishockey spielt. Ich möchte diesen Aspekt auch noch in die Diskussion einbringen. Die KEBA ist viel mehr als ein Ort, den man mit der Schule besucht. Es ist ein Zuhause von verschiedenen Vereinen: Die Argovia Stars (Eishockey) und der Eislaufclub Aarau sowie weitere Plauschteams sind dort zu Hause. Es ist ein Zentrum für viele Leute, die dort ihrem Hobby nachgehen. Es bietet für die Region einen grossen Mehrwert. Reto Fischer hat es angetönt, die Situation vor Ort ist nicht einfach. Es wäre einfach ohne Nachbarn, wenn die Halle das ganze Jahr über betrieben werden könnte. So könnten viel mehr Einnahmen generiert werden und der Betrieb würde vermutlich rentabel. So aber steht die Halle leer und kann nicht betrieben werden. Für uns bedeutet das, dass wir in Burgdorf trainieren müssen. Mir ist aber bewusst, dass es hier um einen heiklen Punkt geht und nicht einfach umgesetzt werden kann. Ich sehe auch, dass vor Ort gute Arbeit geleistet wird und ich erachte es nicht als zielführend, wenn wir unsererseits Anstrengungen unternehmen um z. B. mit Preiserhöhungen dagegen zu arbeiten. Das führt nicht zu Mehreinnahmen, im Gegenteil. Daher bitte ich um Ablehnung des Vorstosses

Herr Samuel Hasler: Der Vorschlag mit der Preiserhöhung ist ein Beispiel. Bei der KEBA handelt es sich um eine Aktiengesellschaft mit Verwaltungsrat. Ich habe keine Ahnung wie die Rechnung der KEBA aussieht, sie ist nicht öffentlich einsehbar oder ich habe sie nicht gefunden. Aber es geht nicht nur um die Preiserhöhung. Es ist nur eine Möglichkeit. Die konkrete Frage: Wenn der Satz mit "beispielsweise Eintrittspreiserhöhung" streichen würde, wäre das Postulat dann sympathischer für euch?

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Die Jahresrechnung ist seit dem 21. November auf der Website der KEBA unter Jahresberichte aufgeschaltet.

Herr Urs Truttmann: Ich möchte noch die Frage mit Nein beantworten.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 30 : 5 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) nicht an den Gemeinderat überwiesen und von der Kontrolle abgeschrieben.

Motion von Samuel Hasler, SVP, betreffend Auflösung der Kreisschule Aarau-Buchs (wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Herr Samuel Hasler reichte am 19. Oktober 2023 folgende Motion ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, alle notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, um den Gemeindeverband "Kreisschule Aarau-Buchs" auf den nächstmöglichen Termin aufzulösen und die Volksschule eigenständig oder mit einer anderen Gemeinde zu organisieren.

Diskussion

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Der Gemeinderat lehnt die Motion ab, weil er der Meinung ist, dass es noch nicht an der Zeit ist, die Schule wirklich zu analysieren. Im 2028 ist der frühest mögliche Zeitpunkt für einen Austritt. Der Gemeinderat zieht es vor, die Überprüfung in der nächsten Legislaturperiode vorzunehmen und dann zeitgerecht auf einen allfälligen möglichen Austritt mit einem Vorschlag in den Einwohnerrat zu kommen. Jetzt vorher bereits etwas vorzubereiten sieht der Gemeinderat nicht. Vor allem auch, weil sich die Situation mit dem neuen Schulvorstand aus meiner Sicht wesentlich zum Besseren verändert hat.

Herr Samuel Hasler: Ich bin anderer Meinung. Ich denke es ist genügend Zeit vergangen. Es hat sich gezeigt in welche Richtung die Kreisschule geht. In eine Richtung die nicht im Interesse einer Gemeinde sein sollte. Wir sehen ein Kostenwachstum pro Schüler. Wir haben keine Möglichkeit Einfluss zu nehmen (Stichwort gebundene Ausgaben). Wir können nichts entscheiden oder machen, sondern müssen einfach bezahlen. Auch im Kreisschulrat können wir nicht wirklich etwas bewirken selbst, wenn unsere Buchser Kreisschulratsfraktion einstimmig derselben Meinung ist. Und es ist schwierig genug von SP bis SVP eine einheitliche Meinung zu finden. Selbst dann können wir keinen Einfluss nehmen. Weiter darf man nicht vergessen, dass die Qualitätsverbesserungen, welche bei der Abstimmung versprochen wurden, nicht spürbar sind. Vor allem wenn ich die Vorfälle der letzten Monate z. B. im Schulhaus Zelgli beobachte. Auch das Versprechen, dass die Kleinklassen beibehalten werden, wurde nicht eingehalten. Die integrative Schule ist meiner Meinung nach gescheitert. Ich glaube eine Auflösung - kein Austritt - wäre meiner Meinung nach angebracht und man sollte das so rasch als möglich anpacken. Daher würde ich mich über die Unterstützung der Motion freuen.

Herr Elias Fricker: Aus Sicht der Mitte teilen wir die Ansicht der SVP und finden den starken Kostenanstieg sehr besorgniserregend. Dennoch geht uns die Motion zu weit. Wir müssen sehen, dass es aktuell keine verlässlichen Quellen gibt, die sagen, dass eine eigenständige Schule Kosteneinsparungen bringen würde. Viel mehr ist für uns von der Mitte das geschilderte Vorgehen von Anton Kleiber zielführend. Ab nächstem Jahr muss das genauer analysiert werden, damit im Jahr 2025 der Einwohnerrat entscheiden kann, ob auf den frühest möglichen Zeitpunkt im 2028 einen Austritt aus dem Kreisschulverband und damit seine Auflösung angestrebt werden soll oder nicht.

Frau Evelin Meier: Fünf Jahre vor dem möglichen Auflösungsdatum eine Auflösung zu entscheiden erachten wir als deutlich verfrüht. Ausserdem braucht eine so grosse Organisation eine genügend lange Zeit um sich zu etablieren, diese Zeit ist nach 5 Jahren nicht gegeben. Es ist nicht ersichtlich, wie bei einer Auflösung der Kreisschule Kosten gespart werden könnten. Dass die Kosten steigen könnte mit den ge-

stiegenen Lehrerlöhnen zusammenhängen. Darauf hätten wir auch als eigenständige Schule keinen Einfluss. Damit das Organisationsgebilde weniger kompliziert wird, könnten wir mit einer Fusion mit Aarau entgegenwirken. Dann bräuchte es den Kreisschulrat nicht mehr und wir hätten als Einwohnerrat wieder die Möglichkeit direkt einzugreifen.

Abstimmung

Die Motion wird mit 30 : 8 Stimmen (bei 1 Enthaltung) nicht an den Gemeinderat überwiesen und von der Kontrolle abgeschrieben.

Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Satzungsänderungen Kreisschule Aarau-Buchs (wird vom Gemeinderat abgelehnt; wurde als Motion eingereicht und vom Motionär am 27.10.2023 in ein Postulat umgewandelt)

Herr Samuel Hasler reichte am 19. Oktober 2023 folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, alle notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, um die Satzungen des Gemeindeverbandes "Kreisschule Aarau-Buchs" wie folgt anzupassen:

- Streichung und somit Auflösung des Kreisschulrates.
 - Neu sollen die legislativen Kompetenzen wieder bei den Einwohnerräten Aarau und Buchs liegen
- Verkleinerung des Schulvorstandes auf 5 Personen
 - je 2 Vertreter der Exekutive der Gemeinden Aarau und Buchs + 1 Freies Mitglied

Diskussion

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Grundsätzlich musste ich etwas schmunzeln, als ich den Text des Postulats gelesen habe. Im ganzen Projekt der Bildung der Kreisschule war es eine mögliche Variante, welche dann von der SVP abgelehnt wurde, da es nicht demokratisch ist. Damals war die Argumentation folgendermassen: Das Volk kann an keiner Stelle mitreden und es bleibt alles im Gemeinderat und im Vorstand, ohne dass das Volk Einfluss nehmen kann. Deshalb hat man sich dann - wegen den politischen Dimensionen - für die Parlamentslösung entschieden. Das war ein Knackpunkt im ganzen Projekt, welcher auch mit den Parteien intensiv diskutiert wurde. Deshalb kam es zu dieser Lösung, die wir nun haben. Der Weg um das Ganze in deinem Sinne zu verändern, ist ein mehrjähriger Weg, da der Entscheid durch die verschiedenen Räte muss und es ist eine Satzungsänderung, welche schlussendlich noch vors Volk kommt. Es wäre also ein grösserer Prozess der angestossen würde und damit auch grössere Kosten auslösen würden. Diese Gründe führen zur ablehnenden Haltung des Gemeinderats.

Herr Samuel Hasler: Vor fünf oder sechs Jahren, als das Projekt erarbeitet wurde, war ich noch nicht im Einwohnerrat Buchs. Ja, es ist ein mehrjähriger Prozess, welcher nicht heute oder in diesem Jahr umgesetzt wird. Ich glaube aber, dass es ein gangbarer Mittelweg wäre, um anzufangen bei den gebundenen Ausgaben das Heft wieder in die eigene Hand zu nehmen. Dass wir entscheiden können, wo wir wie viel ausgeben. Natürlich könnten mit der Auflösung des Kreisschulrates auch Kosten eingespart werden. Dementsprechend glaube ich, dass es ein Akt ist, welcher seine Zeit in Anspruch nehmen wird, aber mit dem eine bessere Kreisschule erreicht werden kann.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 29 : 9 Stimmen (bei 1 Enthaltung) nicht an den Gemeinderat überwiesen und von der Kontrolle abgeschrieben.

Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Unterstützung der Gemeinde durch Sozialhilfebezüger (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)

Herr Samuel Hasler reicht folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, inwiefern Sozialhilfebezüger die Gemeinde bei ihren täglichen Aufgaben unterstützen können. Ferner soll geprüft werden, ob eine tägliche Anwesenheitskontrolle für kurzfristige Arbeiten umgesetzt werden kann.

Diskussion

Herr Reto Bianchi: Wir von der glp stehen der Überweisung des Postulats kritisch gegenüber. In anderen Aargauer Gemeinden wie z. B. Neuenhof, Wettingen oder Bremgarten gibt es bereits solche Projekte. Dort werden Sozialhilfeempfängerinnen und -bezüger wieder in einen geregelten Tagesablauf eingebettet und können so einen Beitrag an ihren Unterhalt aufbringen. Mir wurde aber bewusst, dass das Ganze kein Nullsummenspiel ist. Es werden circa 20 - 30 Stellenprozent einer Sozialarbeiterin/eines Sozialarbeiters benötigt, um die Arbeiten zu planen, Abrechnungen zu führen und mit den zuständigen Arbeitsgruppen wie z. B. Finanzkommission oder Bauamt die nötigen Gespräche zu führen. Die Personen erhalten einen Lohn, welcher ihnen angerechnet wird. Das bedeutet wiederum etwas mehr Arbeit auf der Finanzabteilung. In unserem Setting kämen also auf die Sozialen Dienste, die Abteilung Finanzen und das Bauamt zusätzlicher Aufwand zu. Wie gesagt, gratis gibt es nichts. Dann kommt weiter dazu, dass man für die Arbeitenden eine Versicherung abschliessen muss. Auch das braucht etwas an Administration. Im Postulat finden wir in der Begründung den Hinweis, dass sie einfache Aufgaben ausführen können. Nicht alle Aufgaben sind gleich einfach für Frauen oder Männer. Jemand muss weiter kontrollieren, ob die Arbeiten ausgeführt wurden, ob die Arbeitszeiten eingehalten wurden. Wir müssen uns bei diesem Projekt bewusst sein, dass es nicht um eine Entlastung finanzieller Art geht, sondern dass verschiedene Bereiche ihren Dienst dazu leisten müssen. Wenn wir das aus der Motivation eines guten Trainings oder einer guten Integrationsmassnahme heraus machen, was uns auch etwas kostet, wären wir dem ganzen weniger kritisch gegenüber, als im vorliegenden Postulat gefordert. Auch muss gerechnet werden, dass nicht alle gleich gerne diesen Aufgaben nachkommen werden. Ich bin mir auch nicht sicher, ob wir uns in der jetzigen finanziellen Situation der Gemeinde ein solches Projekt leisten können. Wie würde sich der Gemeinderat das vorstellen? Zudem gilt es zu bedenken, dass wir aktuell die Fälle der Caritas übernehmen und wir müssen uns fragen, ob wir aktuell die nötige Arbeitsleistung dazu haben. Erachtet der Gemeinderat die Überweisung des Postulats als Chance?

Herr Gemeinderat Joel Blunier: Danke Reto Bianchi für die Vorarbeit zur Beantwortung des Postulats. Natürlich sieht der Gemeinderat eine Chance, das Postulat entsprechend beantworten zu können, welche eine Lösung aufzeigen könnte, wie das Ganze funktioniert. Sonst würden wir das Postulat nicht entgegennehmen. Materiell möchte ich nicht darauf eingehen, das ist dann Teil der Beantwortung. Letztendlich kann ich aber sagen, es braucht Investment um letztendlich einen Ertrag zu erhalten. Ohne nichts kommt nichts. Es gibt Gemeinden wie z. B. Oberentfelden, die seit mehreren Jahren ein solches Projekt haben und analysiert haben. Sie konnten positive Erkenntnisse daraus ziehen, auch finanziell, im Sinne von Integrationen von Sozialhilfebeziehenden im 1. Arbeitsmarkt. Wir glauben, dass hier Potenzial vorhanden ist. Mit dem Postulat können wir aufzeigen, wie die Umsetzung in Buchs mit unseren Ressourcen und unserem Setting aussehen könnte.

Herr Andreas Tschan: Ich werde das Postulat unterstützen. Ich finde es geht in die richtige Richtung. Ich komme von Basel-Land. In vielen Gemeinden in Basel-Land und auch Solothurn ist es völlig normal, dass die Gemeinden selber oder im Sozialverbund integrative Stellen anbieten, damit Personen die wollen und motiviert sind, teilnehmen können. Davon gibt es viele. Ich bin dagegen ein solches Programm als Zwangsmassnahmen aufzuziehen. Es gibt aber viele die davon profitieren wollen. Mein Vater war Gemeindegewerkschafter. Sein Nachfolger ist als Flüchtling in die Schweiz gekommen. Er hat durch dieses Programm ein Praktikum gemacht, hat eine Lehre absolviert, sich weitergebildet und konnte nun seine Nachfolge antreten. Damit entsteht auch viel. Ich sehe eine win-win-Situation und ich verstehe nicht, warum das nicht einfach gemacht werden kann. Klar braucht es Abklärungen etc. aber mein Vater und sein Kollege waren zu zweit, keine hochgebildeten Menschen. Sie haben einfach mit den Leuten gearbeitet. Es muss nicht immer alles kompliziert gemacht werden, man kann auch mal etwas ausprobieren. Wie gesagt, in Basel-Land gibt es genügend Beispiele, wie es funktioniert. Ich finde jeder Mensch der motiviert ist, aus der Sozialhilfe heraus zu kommen, sollte unterstützt werden. Das ist für mich keine Kostenfrage. Wir wissen selber, dass eine Person die 20 oder 30 Jahre von der Sozialhilfe abhängig ist mehr kostet, als eine Person die nach fünf Jahren wieder wirtschaftlich selbstständig wurde. Daher unterstütze ich das Postulat. Ich bin auch dafür, dass die Gemeinde in diesem Bereich eine Vorbildfunktion übernehmen soll und ein Projekt in diesem Bereich anreissen soll.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 33 : 4 Stimmen an den Gemeinderat überwiesen.

Postulat von Samuel Hasler, SVP, betreffend Betriebskosten Schwimmbad Suhr-Buchs-Gränichen (wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Herr Samuel Hasler reichte am 19. Oktober 2023 folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass sich die Defizite des Schwimmbads Suhr-Buchs-Gränichen minimieren und die somit verbundenen Kosten für die Gemeinde Buchs. Hierfür könnten beispielsweise die Eintrittspreise um 10 - 20 % steigen.

Diskussion

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Der Gemeinderat und die Betriebskommission setzen sich sehr wohl dafür ein, Defizite beim Schwimmbad Suhr-Buchs-Gränichen zu minimieren. Eine Preiserhöhung gab es bereits 2022, im Hinblick auf die steigenden Strom- und Chemiekosten. In der letzten Saison waren wir die teuerste Badi der Region, aber auch die mit dem kleinsten Defizit - andere Badis erhöhen die Preise jetzt auf die kommende Saison. Die Besucherzahlen sind auch im Sommer 2023 wieder auf einem sehr hohen Niveau gewesen, ebenso die Konsumationen - und das trotz der gestiegenen Preisen. Zudem organisiert das Badi-Team regelmässig Events, welche neues Publikum generieren. Und nicht zuletzt ist seit einigen Wochen die Traglufthalle im Einsatz, welche einen ganzjährigen Betrieb ermöglicht. Die Zahlen - welche aktuell ganz ohne aktive und teure Werbung zustande kommen - übertreffen die Erwartungen bereits und auch hier achten wir auf die Preisgestaltung, so gibt es Hoch- und Niedertarife, welche für Schwimmerinnen und Schwimmer und Vereine attraktiv sind und sich auf das von Samuel Hasler angesprochene Defizit positiv auswirken werden.

Herr Samuel Hasler: Es wäre schön, wenn man mehr sehen würde, was passiert. Wir haben das Problem, dass wir als Einwohnerrat bei diesen Gemeindeverbänden nicht sehen was läuft. Entsprechend würde ich das Postulat immer noch gern überwiesen sehen, sodass sich der Gemeinderat in diesem Bereich weiterhin aktiv engagiert und auch zeigen kann, was er alles macht. Wir sprechen von Fr. 150'000.-- gemäss Budget. Ziel muss es sein, den Betrag so tief wie möglich oder sogar auf eine schwarze Null zu bringen.

Herr Thomas Meier: Ich habe noch eine Ergänzungsfrage. Reto Fischer, du hast die Hoch- und Niedertarife erwähnt. Diese beziehen sich auf die Traglufthalle. Auf der Homepage habe ich die Eintrittspreise gesehen. Wie sehen die Preise für den Wintereintritt in der Traglufthalle aus? Ist der Wintereintritt höher als der Sommereintritt?

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Der Wintereintritt ist aufgeteilt. Es können Slots gebucht werden. Jahresabos für die Wintersaison gibt es nicht. Es muss immer der Einzelpreis bezahlt werden. Die Preise variieren von Fr. 5.-- im Niedertarif bis Fr. 7.-- im Hochtarif, je nach Schwimmzeit.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 30 : 9 Stimmen nicht an den Gemeinderat überwiesen und von der Kontrolle abgeschrieben.

Motion von Samuel Hasler, SVP, betreffend Anpassung Reglement für die Ausrichtung von Beiträgen an die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung (wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Herr Samuel Hasler reichte am 19. Oktober 2023 folgende Motion ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Reglementsanpassung vorzubereiten, welche die Beiträge an die familien- und schulergänzende Betreuung dahingehend anpasst, dass Familien mit einem massgebenden Einkommen über Fr. 60'000.-- keine Gemeindebeiträge mehr erhalten.

Diskussion

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Wir werden an der ersten Sitzung 2024 mit einem konkreten Vorschlag für die Anpassung des Reglements kommen. Wir sind abschliessend an der Analyse und werden anschliessend einen Vorschlag präsentieren, welcher aus unserer Sicht Sinn macht und hier im Rat diskutiert werden kann. Wir sind schon einige Zeit dran, es waren rechtliche Abklärungen nötig. Darüber habe ich auch schon informiert. Daher ist die Motion eigentlich überzählig, da unser Vorschlag hier im Einwohnerrat diskutiert werden kann. Wir werden im April also mit dem konkreten Vorschlag kommen.

Herr Samuel Hasler: Kann man schon erahnen, in welche Richtung es geht?

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Es wird nicht in die Richtung gehen, welche du in der Motion forderst. Wir haben die Zahlen analysiert und es wird ein sehr differenzierter Vorschlag werden. Wir können auch erklären, warum der Vorschlag anders aussieht als von dir gefordert. Die Annahmen von dir treffen effektiv nicht zu. Wir haben konkrete Steuerzahlen erhoben und geschaut wen es wann betrifft. Mit unserem Vorschlag werden wir gezielt die Personen unterstützen können, bei denen es auch Sinn macht, damit beide Personen der Familie arbeiten können. Deshalb möchten wir dann auch erklären warum und wieso. Du gehst teilweise von falschen Grundvoraussetzungen aus. Die genauen Erklärungen folgen im April, aber die Stossrichtung wird eine andere sein, soviel kann ich jetzt bereits sagen.

Herr Samuel Hasler: Dann schauen wir, was an der nächsten Sitzung kommt. Ich ziehe die Motion daher zurück.

Die Motion wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Motion von Samuel Hasler, SVP, betreffend Auflösung des Einwohnerrats (wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Herr Samuel Hasler reichte am 19. Oktober 2023 folgende Motion ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Abänderung der Gemeindeordnung vorzubereiten, welche die Organisationsform der Gemeinde Buchs ändert auf die Organisation mit Gemeindeversammlung.

Diskussion

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Der Einwohnerrat genehmigte am 16. Juni 2020 einen Verpflichtungskredit für die Überarbeitung der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements des Einwohnerrats. Die Gemeindeordnung wurde unter Mitwirkung sämtlicher Parteien von Mitte 2020 bis zur Genehmigung des Einwohnerrats am 7. Dezember 2021 ausgearbeitet. Der Regierungsrat genehmigte die GO am 15. Mai 2022. Seit 1. August 2022 ist die revidierte Gemeindeordnung in Kraft. Zu keinem Zeitpunkt wurde die Auflösung des Einwohnerrats eingebracht. Es war in keiner Weise eine diesbezügliche Absicht vorhanden. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass eine minimale Gesetzesbeständigkeit auch in diesem Bereich vorhanden sein muss. Nach einem Jahr eine solch grundlegende Änderung vorzunehmen, halten wir nicht für zweckmässig. Der Gemeinderat beantragt daher die Nichtüberweisung der Motion.

Herr Samuel Hasler: Ich finde es schwach die Motion abzuweisen, nur, weil man die Gemeindeordnung nicht anpassen will, weil es erst getan wurde. Ich finde es sogar gut, dass das separat und nicht zusammen mit einer Revision der Gemeindeordnung kommt. Es ist mehr als notwendig, dass wir uns die Frage stellen, ob wir den Rat so wie er aktuell ist, wollen oder nicht. Wollen wir nicht wieder einen vollen Saal mit Buchserinnen und Buchsern, die selber direkt entscheiden können. Ich denke mehrere hundert Personen bringen mehr Meinungen ein, als wir 40. Zudem haben wir in der Vergangenheit gesehen, dass der Rat immer wieder vom Volk zurückgepfiffen wurde, z. B. beim Bärenplatz, bei der letzten Steuerfusserhöhung. Und ich behaupte, dass wir bei der Abstimmung vom März übers Budget ein ähnliches Ergebnis haben werden. Daher bin ich der Überzeugung, gehen wir zurück zur alten Form der Demokratie, in dem die Buchserinnen und Buchser zusammenkommen und sich der Gemeinderat nicht vor 40 Personen rechtfertigen muss, sondern vor dem ganzen Volk. Daher bitte ich um Überweisung - auch wenn ich nach den letzten Anträgen nicht allzu zuversichtlich bin. Das schöne ist aber, wenn der Einwohnerrat die Motion ablehnt, gibt es immer noch die Möglichkeit der Volksinitiative.

Herr Thomas Meier: Urs Affolter hat schon das meiste gesagt. Ich habe noch die Protokolle von damals angeschaut. Der Einwohnerrat hat mit 36 : 1 Stimmen der Gemeindeordnung zugestimmt. Die Gegenstimme kam nicht von der SVP. D. h. am 7. Dezember 2021 habt ihr etwas für gut empfunden, was nun schon schlecht sein soll. An der obligatorischen Volksabstimmung hat das Stimmvolk die Gemeindeordnung mit 88 % Ja-Stimmen genehmigt. Ich finde auch, dass das etwas halten muss. Ausserdem war ich sehr verwirrt mit all diesen Vorstössen. Einerseits hast du vorgeschlagen, die Satzungen der KSAB zu ändern und dem Einwohnerrat wieder mehr Kompetenzen zu geben. Diesen Einwohnerrat - dem du mehr Kompetenzen geben möchtest - willst du nun abschaffen. Da komme ich nicht mehr draus. Und ernsthaft, ich bin nicht sicher, wie demokratisch eine Gemeindeversammlung wirklich ist, wenn man schaut, wie viel Prozent der Stimmberechtigten dort tatsächlich anwesend sind. Natürlich kann man sagen, alle die nicht gehen sind selber schuld, aber es wird Leute geben, die Gründe für die Verhinderung haben. Ob Debatten

wirklich besser sind, wage ich ebenfalls zu bezweifeln. Ich behaupte es ist wie hier im Einwohnerrat im Kleinen, es werden immer die selben das Wort ergreifen. Daher beantrage ich die Abweisung der Motion.

Frau Heidi Niedermann: Auch wir von der Mitte-Fraktion befürworten einen aktiven Einbezug der Bevölkerung einer Einwohnergemeinde. Wir sind jedoch der Meinung, dass wir als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Buchser Bevölkerung uns nach bestem Wissen und Gewissen dafür einsetzen, dass Fragen und Anliegen möglichst sachlich und differenziert angegangen werden. Ausserdem steht es jeder und jedem Stimmberechtigten frei, dem Präsidium des Einwohnerrats über Gegenstände, die in die Zuständigkeit der Gesamtheit der Stimmberechtigten oder des Einwohnerrats fallen, in Form einer allgemeinen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfs eine Motion einzureichen (Bürgermotion), welche innert 6 Monaten seit der Einreichung behandelt werden muss. Ebenfalls gehen wir davon aus, dass es nicht im Sinne der Bevölkerung ist, die erst am 15. Mai 2022 angenommene revidierte Gemeindeordnung, welche explizit einen Einwohnerrat vorsieht, bereits wieder abgeändert wird. Wir denken, dass die dadurch entstehenden Kosten das in der Motion erwähnte Sparpotenzial wieder zunichtemachen bzw. eher eine Kostensteigerung verursachen würden. Wir von der Mitte lehnen daher die vorliegende Motion ab.

Herr Andrin Battaglia: Auch wir lehnen die Motion ab. Schaut man die Wahllisten der letzten Wahlen an, glaube ich nicht, dass hunderte von Leuten an einer Generalversammlung auftauchen. Knapp 80 Kandidierende haben für die 40 Sitze kandidiert. Ich weiss nicht wie der Saal mit so vielen Leuten gefüllt werden soll. Es steht jeder und jedem frei, sich auf eine Liste setzen zu lassen. Wir sehen die Form mit Delegierten als einen sehr guten Weg der direkten Demokratie. Es kann delegiert werden. Die Erfahrungen von Gemeinden mit Gemeindeversammlung zeigen, dass am Schluss die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten im tiefen einstelligen Bereich liegt. Wir glauben auch, dass bei der Bevölkerung ein gewisses Desinteresse vorhanden ist. Schauen wir in die Welt, kämpfen andere für mehr politische Rechte.

Abstimmung

Die Motion wird mit 30 : 6 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) nicht an den Gemeinderat überwiesen und von der Kontrolle abgeschrieben.

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten für die Amtsdauer 2024/2025**Wahlvorschlag**

Herr Dieter Stüssi: Marc Jaisli ist bald 33 Jahre alt. Marc ist hier geboren und lebte immer in Buchs, ging hier zur Schule und ist nun auch verheiratet mit einer wunderbaren Frau. Er hatte immer hier sein Tätigkeitsfeld. Er sagt immer, dass er stolz ist, Buchser zu sein. Gut ist für ihn, was für die Gemeinde gut ist. Er ist kein Mann mit Parteibuch, sondern ein Mann mit einer Meinung. Mit seiner offenen Art konnte er viele Freunde von allen politischen Couleur gewinnen. Er ist sehr offen und hat ein offenes Ohr für alle. Marc hat auch Führungserfahrung, er ist Mitinhaber und Geschäftsführer des Familienunternehmens Jaisli Beck AG mit 30 Mitarbeitenden, davon 5 aus Buchs. Er ist als Unternehmer sehr erfolgreich, was nicht von selbst gekommen ist. Marc hat in Buchs die Schulen besucht und sich mit grossem Elan nach der Bäcker-Konditor Lehre laufend weitergebildet, mit Handelsdiplom, zum Marketing Assistant bis hin zum Fachmann Unternehmensführung. Er strebt auch noch das Wirtepatent an. Marc ist eine starke, aber nicht sture Persönlichkeit. Er entscheidet unabhängig. Was er nicht ausstehen kann, sind Heucheleien und Falschheiten. Marc sagt was im passt und was nicht. Marc hat schon viel für das Dorfleben getan und einige Anlässe mit seinem Betrieb durchgeführt. Er hat auch wieder mit der Weihnachtsbeleuchtung Farbe ins Dorf gebracht, was zwar nicht immer allen gefällt. Aber wenn man keine Neider hat, ist man arm dran. Seine innovativen Gestaltungsideen haben leider auch hie und da wegen Kleinigkeiten den Amtschimmel über das Areal galoppieren lassen. Er trägt das gelassen mit dem Wissen, Gutes zu wollen. Wir hoffen, dass ihr Marc Jaisli das Vertrauen schenkt und ihm die Stimme als Einwohnerratspräsident gebt, er wird euch mit Sicherheit nicht enttäuschen.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	39	
leer und ungültig	6	
gültige Stimmzettel	33	Absolutes Mehr 17

Stimmen haben erhalten:

Marc Jaisli	30
Vereinzelte	3

Gewählt ist mit 30 Stimmen Marc Jaisli.

Wahlannahmeerklärung

Marc Jaisli bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und erklärt die Annahme der Wahl.

Dem gewählten Präsidenten wird unter Beifall durch die Präsidentin ein Biergeschenk überreicht.

Wahl der Vize-Präsidentin/des Vize-Präsidenten für die Amtsdauer 2024/2025**Wahlvorschlag**

Frau Evelin Meier: Reto Bianchi, geboren 1965 in Zürich, ist eine engagierte Persönlichkeit, die sich sowohl beruflich als auch politisch für das Wohl der Gesellschaft einsetzt. Als Vater von vier Kindern weiss er um die Bedeutung einer stabilen und unterstützenden Umgebung für das Aufwachsen von Kindern. Beruflich ist Reto Bianchi als Sozialarbeiter/Sozialdiakon tätig und setzt sich für Kinder und Jugendliche ein. Seine langjährige Erfahrung, und diese langjährige Erfahrung kann ich bestätigen, da ich Reto vor 20-25 Jahren kennen gelernt habe, als ich Jungscharleiterin war und er Jugendarbeiter in Buchs, die Erfahrung also, in diesem Bereich ermöglicht es ihm, die Bedürfnisse und Herausforderungen dieser Zielgruppe zu verstehen und Lösungen zu finden. Darüber hinaus ist Reto Bianchi ein aktives Mitglied des Einwohnerrates und vertritt dort die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Es ist seine dritte Legislaturperiode. Er ist Mitglied der FGPK, wo er seine Expertise in den Bereichen Finanzen und Verwaltung einbringt. Sein Engagement für Transparenz und Effizienz in der Verwaltung macht ihn zu einem geschätzten Mitglied dieser Kommission. Ausserdem war er 33 Jahre in der Feuerwehr aktiv. Reto Bianchi ist bekannt für seine offene und zugängliche Art. Er ist stets bereit, zuzuhören und sich für die Anliegen anderer einzusetzen. Sein Engagement für soziale Gerechtigkeit und sein Einsatz für eine bessere Zukunft für alle machen ihn zu einer wertvollen Bereicherung für die Gemeinschaft.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	39	
leer und ungültig	2	
gültige Stimmzettel	37	Absolutes Mehr 19

Stimmen haben erhalten:

Reto Bianchi	33
Vereinzelte	4

Gewählt ist mit 33 Stimmen Reto Bianchi.

Wahlannahmeerklärung

Reto Bianchi bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und erklärt die Annahme der Wahl.

Wahl von 2 Stimmzählerinnen/Stimmzählern für die Amtsdauer 2024/2025**Wahlvorschlag**

Zur Wahl vorgeschlagen werden Chrisoula Giata und Claudia Lupoli.

Ergebnis der geheimen Wahl

Eingelegte Stimmzettel	39	
leer und ungültig	1	
gültige Stimmzettel	38	
Anzahl der zu Wählenden	2	
Total der möglichen Stimmen	76	
Abzüglich vereinzelt leere und ungültige Linien	0	
Gesamtzahl der gültigen Stimmen	76	Absolutes Mehr 20

Stimmen haben erhalten:

Claudia Lupoli	37
Chrisoula Giata	37
Vereinzelte	2

Gewählt sind mit je 37 Stimmen Chrisoula Giata und Claudia Lupoli.

Wahlannahmeerklärung

Chrisoula Giata und Claudia Lupoli erklären die Annahme der Wahl.

Eingänge**Anfrage von Samuel Hasler, SVP, betreffend finanzielle Folgen von "Iiszauber" Aarau für die KEBA und für die Gemeinde Buchs**

Herr Samuel Hasler reicht folgende Anfrage ein:

Seit dem 1. November bis Ende Januar (Bewilligung aktuell nur bis Ende Dezember, Einwendung offen) findet man im Aarauer Schachen eine temporäre Eisbahn. Während dieser Zeit hat die Kunsteisbahn Aarau eine klare Konkurrenz. Bereits heute ist es nicht möglich, die KEBA kostenneutral zu betreiben und dies obwohl es keine Konkurrenz in der Region gab. Daher stellen sich mir folgende Fragen:

1. Rechnet der Gemeinderat mit Mindereinnahmen bei der KEBA AG?
2. Mit welchen zusätzlichen Kosten, aufgrund eines steigenden Defizits, ist für die Gemeinde Buchs zu rechnen?
3. Übernimmt die Stadt Aarau allfällige Mehrkosten zu Gunsten der Gemeinde Buchs und Suhr?
4. Ist der Gemeinderat gewillt, die Jahresrechnung der KEBA 2023 und 2022 vorzulegen, sofern diese zur Verfügung stehen?

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Grundsätzliche Gedanken zur Eisbahn im Schachen Aarau: Man kann Konkurrenz auch als Chance betrachten - die Betriebsleitung und unser VR-Präsident der KEBA Region Aarau AG haben dieser Aktion im Schachen zugestimmt, da sie überzeugt sind, damit das Bewusstsein und die Freude am Schlittschuhlaufen in der Region zu erhöhen. Wer einmal von dieser Gelegenheit im Schachen Gebrauch macht, wird seine Freude daran künftig auf der KEBA immer wieder ausleben können. Damit würde die aktuelle Besucherzahl von rund 45'000/Jahr auf der KEBA gar noch gesteigert. Die KEBA ist zudem mit Flyern und Gutscheinen beim Eisfeld im Schachen präsent, der Eislauf- und der Eishockeyclub sind zeitweise gar personell dort vertreten, um für ihre Sportarten Werbung zu machen und damit Leute auf die KEBA zu locken. Die Aktion kann also als Werbemassnahme betrachtet werden, welche in der Kompetenz der Betriebsleitung der KEBA und der Vereine liegt. Werbung, welche sonst mehrere tausend Franken kosten würde. Zu den Fragen: Rechnet der Gemeinderat mit Mindereinnahmen bei der KEBA AG? Im aktuellen Budget für die Saison 23/24 wird mit keiner Einbusse aufgrund dieser Aktion gerechnet. Die Gemeinde Buchs ist Aktionärin (10 %-Anteil) der KEBA Region Aarau AG als Betriebsgesellschaft. Sie hat im Verwaltungsrat einen Sitz und dadurch direkten Einfluss auf das Jahresbudget des Betriebes. 2. Mit welchen zusätzlichen Kosten, aufgrund eines steigenden Defizits, ist für die Gemeinde Buchs zu rechnen? Die Gemeindebeiträge zum Ausgleich des Betriebsdefizites werden jeweils zwei bis drei Jahre im Voraus festgelegt und unter den Aktionärgemeinden nach Einwohnerzahlen aufgeteilt. Während dieser Zeit bleiben diese in aller Regel konstant. Die grosse Ausnahme war die Corona-Pandemie, als eine Rettungsaktion aufgrund der verordneten Betriebs-Schliessung nötig wurde. Insofern hat die Gemeinde Buchs bis 2025 mit keinen weiteren Kosten als mit den Vereinbarten zu rechnen. 3. Übernimmt die Stadt Aarau allfällige Mehrkosten zu Gunsten der Gemeinde Buchs und Suhr? Wie in der Antwort zur Frage 2 bereits erwähnt, werden die von der KEBA beantragten Beiträge unter den drei Aktionärgemeinden nach Einwohnerzahlen aufgeteilt und die Gemeinde Buchs hat bis 2025 mit keinen weiteren Kosten zu rechnen. 4. Ist der Gemeinderat gewillt, die Jahresrechnung der KEBA 2023 und 2022 vorzulegen, sofern diese zur Verfügung stehen? Die Jahresrechnungen samt Bericht des Verwaltungsrates der KEBA wurden wie gewohnt nach Genehmigung durch die GV vom 21.11.2023 auf der Website der

KEBA aufgeschaltet. Noch eine Schlussbemerkung zur Schule: Aktuell pilgern scharenweise Schüler auf die KEBA. Für die Buchser Schülerinnen und Schüler ist der lisauber kein Thema. Sollten sich Klassen für einen Besuch im Schachen entscheiden, haben sie das auf Kosten der Klassenkassen oder zu Lasten der Eltern zu finanzieren. Und sind wir ehrlich, wer wirklich Schlittschuhlaufen will, geht auf die KEBA. Der lisauber ist in meinen Augen eine sehr wetter- und temperaturabhängige Funsportanlage.

Herr Samuel Hasler: Du hast zum Schluss gesagt, dass die Schulklassen nicht in den Schachen gehen. Wieso steht auf der Infokarte, welche mit dem Landanzeiger verschickt wurde: "Vormittags für Schulklassen vorbehalten."?

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Ich habe von den Buchser Schulklassen gesprochen, von den Aarauer Klassen kann ich nichts sagen. Was ich weiss, dass das Oberstufenschulhaus und das Primarschulhaus Schachen Gutscheine bekommen haben, da der lisauber ihren Pausenplatz besetzt. Natürlich ist es jeder Klasse freigestellt zu gehen. Aktuell besteht in Buchs kein Interesse, da die Preise doch beträchtlich sind.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge***Motion von Evelin Meier, glp, betreffend Erarbeitung einer Entscheidungsgrundlage zur Entwicklung von Buchs als eigenständige Gemeinde vs. Zusammenschluss mit Aarau***

Frau Evelin Meier reicht folgende Motion ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, eine Grundlage für die Entscheidungsfindung in Bezug auf eine mögliche Fusion mit Aarau zu erstellen. Dabei sind folgende Schritte in Betracht zu ziehen:

1.) Initialisierung:

Bedarfsermittlung und erste Gespräche zwischen den Gemeinden sowie Bildung eines vorläufigen Fusionskomitees.

2.) Analyse:

Untersuchung finanzieller, rechtlicher und organisatorischer Aspekte beider Gemeinden.

Bevölkerungsumfrage, um Anliegen der Bevölkerung in der Vertragsverhandlung mitzuberücksichtigen.

3.) Planung:

Definition der Ziele und Erarbeitung eines Fusionsvertrags und Organisationskonzepts.

Der Fusionsvertrag soll dem Einwohnerrat und der Bevölkerung als Grundlage zur Beurteilung und Abstimmung über eine Gemeindefusion vorgelegt werden. Dabei wird erwartet, dass in den Verhandlungen zum Vertragsentwurf das bestmögliche Ergebnis für die Bewohner von Buchs erzielt wird. Dies könnte beispielsweise die Aufrechterhaltung bestimmter Verwaltungseinheiten auf dem Gebiet der Gemeinde Buchs oder die Schaffung eines Kreisparlaments mit Sitzzuteilung pro Stadtteil beinhalten.

Insbesondere soll der Gemeinderat mit einer 10-jährigen Finanz- und Steuerplanung aufzeigen, welche finanziellen Auswirkungen eine mögliche Gemeindefusion haben könnte, einschliesslich der Entwicklung des Steuerfusses. Durch diese Finanz- und Steuerplanung erhält der Bürger eine klare Vorstellung, wie sich der Preis der Eigenständigkeit der Gemeinde Buchs im Vergleich zur Fusion mit Aarau entwickelt. Ziel ist es, für den Bürger ein klares Bild der finanziellen Zukunft von Buchs zu zeichnen und verschiedene Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Es sei ausdrücklich festgehalten, dass die Annahme dieser Motion keine unmittelbare Entscheidung über eine Fusion bedeutet, sondern lediglich die Ausarbeitung einer Entscheidungsgrundlage mit einem Fusionsvertrag, welche später beiden Gemeinden zur Beurteilung und Abstimmung vorgelegt wird.

Begründung

Die wirtschaftliche Lage der Gemeinde Buchs hat sich in diesem Jahr nochmals deutlich verschlechtert. Dies ist grösstenteils auf das starke Bevölkerungswachstum der letzten Jahre zurückzuführen, das einen erheblichen Investitionsbedarf in die Gemeindeinfrastruktur, einschliesslich Schulen, geschaffen hat.

Die komplexen Verwaltungsstrukturen, insbesondere im Bereich der Kreisschule, erschweren zudem die gleichmässige Verteilung dieser Investitionen.

Im Gegensatz dazu verfügt Buchs über wertvolle Entwicklungsreserven, die dem Grossraum Aarau als attraktiven Standort im Herzen des Schweizer Mittellands langfristiges und nachhaltiges Wachstum garantieren können.

Angesichts der finanziell schwierigen Situation stellt sich die Frage, ob Buchs die zukünftigen Herausforderungen eigenständig bewältigen möchte oder ob eine Fusion mit Aarau in Betracht gezogen werden sollte. Buchs trägt bereits heute als Agglomerationsgemeinde überdurchschnittliche soziale Zentrumslasten, ohne im Gegenzug von hohen Zentrumssteuererträgen zu profitieren.

Ein Fusionsvorhaben wurde kürzlich in einer Grossfusion geprüft, was den Verhandlungsspielraum von Buchs aufgrund der grossen Anzahl der beteiligten Akteure erheblich eingeschränkt hat. Die Bevölkerung hat dieses Vorhaben daher abgelehnt. Wir sind der Überzeugung, dass bei eigenständigen Verhandlungen ein besseres Ergebnis erzielt werden kann.

Es ist unsere Pflicht, in dieser gegenwärtig anspruchsvollen Lage für die Gemeinde verschiedene Handlungsoptionen sorgfältig zu prüfen und so zu konkretisieren, damit eine objektive und vorbehaltlose Bewertung der einzelnen Möglichkeiten möglich ist.

Wir sind zuversichtlich, dass Buchs sein vielfältiges, lebhaftes Dorfleben unabhängig von Gemeindegrenzen bewahren kann. Denn dieses lebendige Gemeinschaftsleben verdanken wir dem engagierten Einsatz vieler ehrenamtlicher Einwohner/innen.

Damit ist die Motion zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Postulat von Marius Fedeli, SP und Grüne, betreffend Bevölkerungsumfrage weiteres Vorgehen Verschuldung Buchs**

Herr Marius Fedeli reicht folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat soll eine Umfrage bei allen Stimmberechtigten durchführen, welche die Möglichkeiten mit dem aktuellen Finanzhaushalt sowie der hohen Verschuldung aufzeigt. Die Umfrage sollte folgende Punkte beinhalten. Sofern es aus Sicht des Gemeinderats weitere Möglichkeiten gibt, sind diese zu ergänzen:

- Hoher Steuerfuss (118 % oder höher) bis 2031 (gemäss Aufgaben- und Finanzplan)
- Vertiefte Regionale Zusammenarbeit, beispielsweise die Zusammenlegung von gewissen Abteilungen mit anderen Gemeinden/Gemeindeverbänden (Bau und Planung, Soziale Dienste, Kultur, Bauamt, ...)
- Auslagerung von Leistungen an externe Firmen
- Fusionsabklärungen mit der Stadt Aarau
- Fusionsabklärungen mit der Gemeinde Suhr
- Fusionsabklärungen mit anderen umliegenden Gemeinden
- Steuerfuss senken mit dem Risiko der höheren Verschuldung (hier sind seitens Verwaltung/Gemeinderat weitere Konsequenzen aufzuführen)

Zudem soll die Frage gestellt werden, welche der oben aufgeführten Punkte die Stimmberechtigten eher nicht oder gar nicht wollen.

Begründung

Die finanzielle Lage der Gemeinde Buchs ist schlecht. Immer öfter hört man aber den Vorwurf, dass Gemeinde- und Einwohnerrat an der Bevölkerung vorbeipolitisieren würden. Es soll hiermit klar aufgezeigt werden, was aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinde Buchs die verschiedenen Möglichkeiten sowie deren Konsequenzen sind. In der Vergangenheit wurden verschiedene Gemeindeabstimmungen von der Bevölkerung nicht angenommen. Mit der Umfrage soll abgeholt werden, welche Variante für die Zukunft von Buchs von der Stimmbevölkerung bevorzugt wird. Mit der Auswertung der Umfrage erwünschen wir uns ein klareres Bild, was sich die Stimmberechtigten vom Gemeinde- und Einwohnerrat betreffend weiterem Vorgehen in Sachen Finanzhaushalt wünschen.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Anfrage von Mersa Odzini, SVP, betreffend Massnahmen gegen Mobbing in der Schule und im Umfeld**

Frau Mersa Odzini reicht folgende Anfrage ein:

Am 2. November 2023 wurden Herrn Brack aus Buchs und Frau Mese aus Aarau Rohr als Leitende der Kreisschule sowie Herr Gemeinderat Kleiber von der Anfragenden über ein kursierendes Video über rohe Gewalt an einer Schülerin orientiert, am 3. November 2023 war das auch ein Thema im Blick.

Das schockierende Video zeigt, wie eine angebliche Mädchengang auf eine Jugendliche einprügelt und sie unter anderem massiv mit Füßen tritt und die beinahe über eine Brüstung stürzen lässt. Die Täterinnen dürften aus der Kreisschule Aarau Buchs stammen. Angeblich waren gemäss dem Schulleiter Schaffner diese Zwiste schon längere Zeit bekannt.

Gemäss dem Schulgesetz, insbesondere Art. 35 und weitere erfüllen die öffentlichen Schulen ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag in Zusammenarbeit und in gemeinsamer Verantwortung mit den Eltern. Dabei geht es nicht nur um Vorfälle innerhalb der Schule selbst, sondern auch um Ereignisse, die sich in dessen Umfeld abspielen und soweit dies für den Schulalltag von Bedeutung ist. Dieses Mobbing begann offensichtlich im Schulbereich und setzte sich dann ausserhalb der Schule fort. Somit ist das Verhalten zweifelsfrei für den Schulalltag von Bedeutung.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Angeblich wurden sofort in diesem Zusammenhang Massnahmen ergriffen. Welche waren dies konkret?
2. Welche weiteren Massnahmen sind geplant, wie beispielsweise gemeinnützige Arbeitsleistung an unterrichtsfreien Halbtagen, wie in Art. 38c des Schulgesetzes vorgesehen?
3. Ist der Gemeinderat bereit, einen konkreten Massnahmenkatalog für Mobbingverhalten im Rahmen seiner Kompetenzen für Disziplinarmassnahmen zu erstellen?
4. Ist der Gemeinderat in dieser Sache durch die Leitung der Kreisschule einbezogen worden?

Solche Gewaltexzesse können nicht auf die leichte Schulter genommen und schon gar nicht einfach ausgesessen werden. Solchem Verhalten ist entschieden entgegenzutreten.

Frau Mersa Odzini: Ich habe am 2. November 2023 um 17.26 Uhr mit Anton Kleiber telefoniert betreffend diesen Vorfall in Aarau, welchen Kinder der Kreisschule Aarau-Buchs betrifft. Ich habe gefragt, welche Massnahmen ergriffen wurden.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Grundsätzlich ist diese Anfrage nicht an den Gemeinderat zu richten, da der Gemeinderat in dieser Beziehung und zu diesen Fragen keine Kompetenzen hat. Das habe ich dir am Telefon bereits erklärt. Weiter habe ich dir erklärt, wie es rechtlich aussieht und wie ein mögliches Vorgehen sein könnte. Ich weiss von der Schule, dass im Rahmen der Möglichkeiten der Schule Massnahmen ergriffen wurden. Konkreter müsste bei der Schule nachgefragt werden. Auch zur Frage zwei wurden Massnahmen in den Möglichkeiten der Schule ergriffen. Konkret wäre wieder die Schule zu

kontaktieren. Ich denke aber, dass dazu keine genauen Aussagen gemacht werden können, da es um Opfer und Täter geht. In diesem Bereich muss ein gewisser Datenschutz eingehalten werden. Zur Frage 3 kann ich sagen, dass der Gemeinderat keinen Massnahmenkatalog erlassen wird für die Schüler, da es Sache der Schule ist. Es ist nicht unsere Kompetenz, daher können wir weder ein Reglement noch sonst etwas machen. Aber wie die Schule handelt und handeln kann, ist im ausführlichen Bericht zum Fall Zelgli aufgeführt. Ist der Gemeinderat in dieser Sache durch die Leitung der Kreisschule einbezogen worden? Grundsätzlich ist das nicht nötig, da es in der Kompetenz der Schule liegt. Wir tauschen uns mit der Schulführung aber regelmässig aus und thematisieren solche Sachen im Rahmen dieses Austauschs. Wir werden also nicht sehr zeitnahe informiert, das ist aber auch nicht notwendig. Ich möchte noch eine persönliche, als Gemeinderat für die Bildung zuständiger Gemeinderat, äussern: Man fragt immer bei den politischen Behörden was unternommen wird. Bei der Schule werden die selben Fragen gestellt. Der genannte Vorfall hat nicht in der Schule stattgefunden. Dort muss ich fragen: Was machen die Eltern? Wann werden die Eltern gefragt was sie unternehmen und warum sie nicht handeln? Es gibt immer mehr Vorfälle in der Freizeit. Die Schule schaut, soweit dies möglich ist. Aber es ist nur beschränkt möglich. Diese Fragenstellung möchte ich weitergeben. Es ist natürlich einfacher bei der Politik und der Schulbehörde die Fragen zu stellen, als im persönlichen Umfeld zu handeln. Diese Möglichkeit wird immer ausgeschlossen. Diese Frage findet nirgends statt. Von mir aus gesehen wäre das aber die zentralste Frage.

Frau Mersa Odzini: Gemäss Schulgesetz Art. 35 heisst es "Die öffentlichen Schulen erfüllen ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag in Zusammenarbeit und in gemeinsamer Verantwortung mit den Eltern." Ich als Mutter von fünf Kindern komme mit dieser Aussage nicht klar. Meine Kinder sind während acht Stunden in der Schule. Ich finde es nicht richtig zu sagen, die Verantwortung liegt bei den Eltern, wenn die Ursache in der Schule seinen Anfang genommen hat. In meinen Augen finde ich die Aussagen der Medien, "obwohl es nicht in der Schule passierte, haben wir uns eingeschaltet..." falsch. Ich sehe es als Verantwortung der Lehrpersonen, dass hier hingeschaut wird.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ich möchte auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinweisen. Wenn ein Vorfall ausserhalb der Schule auf ein Klassensystem einen Einfluss hat - und das ist hier zum Teil der Fall, daher hat die Schule reagiert - dann ist die Schule in der Mitverantwortung. Häufig ziehen sich die Eltern dann aus der Verantwortung. Diese Rahmenbedingungen müssen wir einhalten. Der Schulweg ist auch in der Verantwortung der Eltern. Wir sind in einer schulpolitischen Diskussion. Ich denke nicht, dass diese zielführend ist. Ich bin gerne bereit die Fragen zu diskutieren und eine breite Auslegung zu machen, aber nicht heute Abend.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Traktandum 18

Verschiedenes

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Unser Gemeinderatskollege Tony Süess tritt auf Ende Jahr aus dem Gemeinderat zurück. Tony Süess ist seit 21 Jahren mit seiner Frau und den Kindern in Buchs wohnhaft. Er hat viele Jahre bei der kantonalen Verwaltung im Bereich Finanzen und Controlling gearbeitet und ab 2011 war er im Parlamentsdienst für das Wortprotokoll des Grossen Rates zuständig. 2013 hat Tony Süess für die CVP oder heute die Mitte für den Gemeinderat kandidiert und wurde auch gewählt. Er hat 2014 die Ressorts Finanzen, Steuern und das regionale Betriebsamt übernommen. Er hatte es nicht immer einfach. Wir sind finanziell nicht auf Rosen gebettet. Es war immer wieder ein Kampf und auch sein Bestreben ein möglichst ausgewogenes Budget vorlegen zu können. Wir hatten in seiner Amtszeit bereits Steuererhöhungen, hatten runde Tische mit allen Parteien, diskutierten die Finanzstrategie etc. Die erneute Steuererhöhung macht dem Gemeinderat keine Freude, genau so wenig wie der Bevölkerung auch. Tony musste sogar einen persönlichen Angriff auf seine Liegenschaft erleben. Tony Süess hätte sich sicher vorgestellt, mit grossen Finanzüberschüssen abzutreten. Dies ist ihm leider nicht vergönnt. Trotzdem hast du dich viele Jahre engagiert und mit grossem Sachverständnis gearbeitet. Im Namen des Gemeinderats und aller Anwesenden danke ich dir ganz herzlich. Ich wünsche dir für die nächste Lebensphase alles Gute, gute Gesundheit und danke dir nochmals herzlich.

Frau Präsidentin Christine Knüsel-Bachofer: Auch wir vom Einwohnerrat möchten dir für den langjährigen Einsatz für die Gemeinde danken. Wir wünschen dir und Rita für den neuen Lebensabschnitt viel gefreute Momente, gute Gesundheit, spannende Lektüren, schöne Ausflüge und gute Reisen. Und ganz nach den Lebensweisheiten von Udo Jürgens: Mit sechsendsechzig Jahren, da fängt das Leben an, mit sechsendsechzig Jahren, da hat man Spass daran, mit sechsendsechzig Jahren, da kommt man erst in Schuss, mit sechsendsechzig ist noch lange nicht Schluss.

Gemeinderat Tony Süess wird mit Beifall verabschiedet.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Zum Postulat von Denise Zeller Xenaki betreffend Informatik: Mitte 2023 mussten wir aufgrund eines Berichts zur Cybersecurity und wegen dem IT-Operation-Modul zur Kenntnis nehmen, dass wir den Antrag zur Erneuerung der Informatik nicht wie geplant per 2024 stellen konnten, sondern dass wir den bestehenden Vertrag mit der Hürlimann Informatik AG um ein Jahr verlängern mussten. Wir müssen eine grosse Submission durchführen. Das können wir nicht selber. Der Vertrag konnte 3 % günstiger um ein Jahr verlängert werden. Wir werden Mitte 2024 mit einem Antrag in den Einwohnerrat kommen, damit im 2025 die Erneuerungen vorgenommen werden können.

Weiter möchte ich euch informieren, dass die BNO ca. seit einem Monat zur Genehmigung beim Kanton liegt. Wir gehen davon aus, dass im Frühling/Frühsummer die Genehmigung der BNO eintreffen wird. Es warten alle sehnlichst darauf. Einerseits Bauherren und Investoren, andererseits auch wir.

Herr Gemeinderat Tony Süess: Zum weiteren Vorgehen Geschäft Umzug Regionales Betriebsamt: Das Geschäft wurde von Einwohnerrat an den Gemeinderat zurückgewiesen. Wir haben in der Zwischenzeit den bestehenden Mietvertrag mit der Helvetia um ein Jahr verlängert. Somit läuft dieser nun bis 31. Januar 2025. So haben wir nun genügend Zeit, das Geschäft gut vorzubereiten und dem Einwohnerrat erneut zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Der genaue Zeitpunkt ist noch unklar.

Eine alte Pendeuz, das Postulat von Werner Schenker vom Dezember 2020: Es ging um die Verschuldung, Werner Schenker hat einige Fragen gestellt. Ich habe auch schon Zwischenberichte dazu erstattet.

Wir haben in unseren Finanzplänen immer sehr viele Bauvorhaben von Schulbauten drin. Wir wussten aber nie genau wann und in welcher Reihenfolge diese kommen. Wir haben immer gesagt, wir können die Fragen von Werner Schenker erst abschliessend beurteilen, wenn die Bestellungen der Kreisschule vorliegen. Seit Mai 2023 haben wir die Bestellung der Kreisschule. Wir werden in der ersten Jahreshälfte 2024 das Postulat beantworten können.

Herr Gemeinderat Joel Blunier: Samuel Hasler stellte die Anfrage über die Zusammensetzung von Sozialhilfedossiers nach Nationalität, Grösse und Bezugsdauer. Wir haben bereits in der Vergangenheit erwähnt, dass wir aus Datenschutzgründen nicht alle gewünschten Daten präsentieren können. Aufgrund des Wunsches und unter dem Gesichtspunkt der Transparenz können wir euch einige Daten bekannt geben. Wir haben die 20 teuersten Sozialhilfe-Fälle zusammengestellt:

Grösse der Unterstützungseinheit	davon Minderjährigen	Saldo	Bezugsdauer in Monaten
5	4	-CHF 547'228.20	65
3	2	-CHF 532'593.93	126
1	0	-CHF 443'717.40	201
2	0	-CHF 354'261.25	160
3	2	-CHF 349'566.25	169
1	0	-CHF 317'699.76	161
1	0	-CHF 300'643.95	216
1	0	-CHF 296'162.17	141
1	0	-CHF 287'539.25	148
2	0	-CHF 283'244.10	214
1	0	-CHF 279'403.24	121
1	1	-CHF 275'011.00	57
5	3	-CHF 269'322.75	107
1	0	-CHF 266'750.35	231
3	2	-CHF 254'475.10	113
1	0	-CHF 244'419.30	126
1	0	-CHF 238'927.44	95
1	0	-CHF 234'808.20	131
4	3	-CHF 233'465.15	81
2	0	-CHF 230'995.20	120

Wichtig ist zu beachten, wie viele Personen in einem Dossier unterstützt werden und wie lange die Bezugsdauer ist. Das am längsten laufende Dossier besteht bereits seit 231 Monaten. Vielleicht gibt es noch Dossiers die länger laufen aber kostenmässig nicht unter die Top 20 fallen. Das drittteuerste Dossier löste die höchsten Pro-Kopf-Kosten aus. Zum obersten Dossier noch eine Information: Wie kommt man auf so hohe Beträge? In den Fällen mit Kindern, greifen oft Kinderschutzmassnahmen wie Pflegefamilienplatzierungen oder Heimaufenthalte, welche sehr kostenintensiv sind und sich über die Jahre summieren. Grundsätzlich sind Sozialhilfesschulden rückerstattungspflichtig. Ihr könnt euch vorstellen, dass kaum jemand mal 0.5 Mio. Franken zurückerstatten kann. Aber es sind bei sehr vielen Personen, welche in den Arbeitsprozess zurückkehren konnten Rückerstattungen am Laufen. Sozialhilfe ist also kein Geschenk, sondern es sind Schulden, die die Personen auch belasten.

Gerne möchte ich euch noch auf den 1. Januar hinweisen. Zum Neujahrsapéro seid ihr alle herzlich eingeladen. In der Vergangenheit hat der Feuerwehrverein den Anlass beim Brätliplatz beim Waldeingang organisiert. Unter dem Lead des Gewerbevereins und unter dem Patronat der Gemeinde wurde der Anlass etwas neu aufgelegt. Er findet nun am 1. Januar beim Forstwerkhof im gedeckten Bereich statt. Es sind alle herzlich eingeladen um aufs neue Jahr anzustossen.

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Ich möchte kurz den Bericht zur Schulwegsicherheit in Buchs vorstellen. Dieser Bericht resultiert aus einer umfassenden externen Untersuchung, welche vor einem Jahr ins Leben gerufen wurde. Unser Hauptaugenmerk lag dabei auf den Sicherheitsaspekten der Schulwege. Im Zuge unserer Analyse haben wir insbesondere die Entfernungen zu den Schulen unter die Lupe genommen und wir konnten feststellen, dass die Schulwege für die Mehrheit der Kinder gut zu bewältigen sind. Lediglich in abgelegenen Strassen im Dorf existieren Gebäude, die weiter von den Kindergärten entfernt sind (dies bewegt sich aber im Rahmen des Vertretbaren). Die Fusswege entlang der zentralen Kantonsstrassen verfügen grösstenteils über Trottoir, und zwar auf beiden Seiten oder zumindest auf einer Seite. In reinen Wohnvierteln ergeben sich teilweise Gefahrenpunkte im Zusammenhang mit privaten Zufahrten und Kreuzungen, insbesondere wenn die Sichtverhältnisse auf die Strassen unzureichend sind. Wir haben aber gleichzeitig festgestellt, dass es in den meisten Fällen in der näheren Umgebung Fussgängerüberwege gibt, die das sichere Überqueren von wichtigen Strassen ermöglichen. Nicht überall, z. B. fehlt ein Fussgängerstreifen an der Bushaltestelle Heuweg, was für die Kindergartenkinder aus dem Quartier Holzacher relevant ist. Daran arbeiten wir. Einen zentralen Bestandteil des Berichts stellt der Defizitplan dar. In diesem Plan sind die wichtigen Schulwegstrecken markiert, bei denen Sicherheitsmängel festgestellt wurden. Wir haben insgesamt 30 punktuelle Defizite identifiziert, die zum Teil wiederkehrende Schwachstellen darstellen, wie etwa schlechte Sicht an Kreuzungen oder unzureichende Gestaltung von Gehwegüberquerungen. Ein weiterer Aspekt des Berichts behandelt normgerechte Lösungsvorschläge für nicht korrekte Trottoirüberfahrten. Zusammenfassend zwei Stichworte: 1. Schwachstellenanalyse: Wir haben Schwachstellen identifiziert, wobei mangelnde Sichtverhältnisse im Strassenraum eine zentrale Rolle spielen. Grundsätzlich sind sichere Wege im Strassenraum möglich, wenn ausreichende Sichtverhältnisse gegeben sind. 2. Infrastruktur vs. Verkehrsverhalten: Wir haben die vorhandene Infrastruktur überprüft, jedoch nicht das Verkehrsverhalten. Im Umfeld der Schulanlagen haben wir Missstände im Verkehrsverhalten beobachtet, die nicht auf die vorhandene Infrastruktur zurückzuführen sind. Stichwort: Elterntaxi. Hier sind weitere Massnahmen wie Verkehrserziehung, Informationskampagnen oder die Durchsetzung bestehender Regeln erforderlich. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Sicherheitsdefizite behoben werden müssen. Das weitere Vorgehen umfasst die systematische Umsetzung der empfohlenen Massnahmen in der Studie zur Behebung der Defizite, unter Berücksichtigung der finanziellen Ressourcen der Gemeinde. Insbesondere die Einhaltung von Sichtzonen an Knotenpunkten und privaten Ausfahrten muss sichergestellt werden. Fazit: Unsere Untersuchung verdeutlicht, dass die Sicherheit auf Schulwegen in Buchs gut ist, wir sie aber verbessern können. Wir sind zuversichtlich, dass wir dies gemeinsam erreichen können, um die Sicherheit unserer Kinder auf dem Schulweg zu gewährleisten.

Gemeindesaal/Bärenplatz: Urs Truttmann hat mich letzte Woche telefonisch kontaktiert. Es geht um den Zusammenhang des Gemeindesaals mit dem Bärenplatz. Der Bärenplatz wurde bekanntlich vom Stimmvolk abgelehnt. Der Bärenplatz spielte bei der Evaluation des neuen Betriebskonzepts eine Rolle. Wir haben damit gerechnet und damit spekuliert, dass wir Veranstaltungen draussen durchführen können und damit durchaus noch etwas Geld verdienen können. Das Nein hat deshalb einen Einfluss auf das neue Betriebskonzept. Dieses ist aktuell in Bearbeitung in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nord Westschweiz und einer internen Arbeitsgruppe. Im weiteren Verlauf der Arbeiten am neuen Konzept wird der Bärenplatz somit keine Rolle mehr spielen, er fällt weg. Das Konzept wird aber weiterverfolgt. Ihr könnt im Verlaufe des Jahres 2024 mit den Ergebnissen rechnen.

Frau Gemeindeschreiberin Cornelia Crouch: Am 20. Juni 2023 monierte Thomas Meier, dass im Rechenschaftsbericht unter Kapitel Bodenpolitik die Baurechtsverträge nicht aufgeführt sind. Wir haben in der Zwischenzeit rechtliche Abklärungen dazu gemacht. Diese haben ergeben, dass diese nicht aufgeführt werden müssen. In der Gemeindeordnung steht, dass der Gemeinderat für den Abschluss von Verträgen über den Erwerb und die Veräusserung, sowie die dingliche Belastung von Grundstücken (eingeschlossen das Baurecht) zuständig ist. Natürlich mit den Abstufungen nach Preis. Zu den Befugnissen des Gemeinderats gehört auch die Erstattung des Rechenschaftsberichts an den Einwohnerrat. Mit der Bestimmung, dass die abgeschlossenen Verträge über Erwerb und Veräusserung von Grundeigentum unter Angabe des Vertragspartners, des Grundstücksbetriebs und dem Kaufpreis aufzuführen ist. Wenn man diese beiden Abschnitte vergleicht, spricht man beim einen von Verträgen über Kauf, Verkauf und dingliche Belastung (eingeschlossen Baurecht) und im anderen nur noch über Verträge über Erwerb und Veräusserung. Verträge über dingliche Belastung/Baurecht werden dort nicht mehr erwähnt, was bedeutet, dass sie gemäss dieser Bestimmung auch nicht separat aufgeführt werden müssen.

Herr Thomas Meier: Vielen Dank für deine Ausführungen. Ich muss in diesem Fall die Bestimmungen zum Rechenschaftsbericht nochmals genau anschauen. Ich habe vor allem wegen den weiteren Auswirkungen betreffend Kompetenzverteilung Gemeinderat/FGPK oder sogar Einwohnerrat gefragt. Dort sagt § 21 Abs. 2 lit. b) GO, dass dem Gemeinderat unter anderem die Befugnis zusteht zum Abschluss von Verträgen über den Erwerb und die Veräusserung sowie die dingliche Belastung von Grundstücken (eingeschlossen das Baurecht). Ich wollte vor allem schauen, wie die Kompetenzverteilung ist. Ich habe den Nachtrag zum Protokoll der FGPK vom 8. Juni 2022 angeschaut. Dort steht: "... Im Anschluss an die Kreditbewilligung durch den Einwohnerrat wird der Baurechtsvertrag ausgearbeitet. Dieser wird der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission oder nach Bedarf (Finanzkompetenz) dem Einwohnerrat zur Genehmigung unterbreitet. ...". Im Protokoll der Ortsbürgergemeindeversammlung vom Juni 2022 hat es eine analoge Aussage von Urs Affolter. Daher meine Frage: Wurde der Vertrag (Baurechtsvertrag Steinachermatt mit der Ortsbürgergemeinde) der FGPK zur Genehmigung vorgelegt?

Frau Gemeindeschreiberin Cornelia Crouch: Nein, denn im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses war die neue Gemeindeordnung bereits in Kraft. Der Gemeinderat hatte daher die Befugnis zum Vertragsabschluss aufgrund der Vertragshöhe.

Herr Thomas Meier: Von welchem Betrag seid ihr ausgegangen?

Frau Gemeindeschreiberin Cornelia Crouch: Das kann ich auswendig so nicht beantworten.

Herr Thomas Meier: Meine Überlegungen dazu: Es wurde von einem Wert des Gebäudes von rund 2 Mio. Franken ausgegangen. Ich habe bereits vorher erwähnt, dass der Gemeinderat bis zu 1 Mio. Franken entscheiden kann und mit Zustimmung der FGPK bis 2.5 Mio. Franken. Durch den Baurechtsvertrag wurde die Gemeinde Eigentümerin des Gebäudes im Wert von rund 2 Mio. Franken. Damit fällt es meines Erachtens in die Kompetenz der FGPK.

Herr Gemeindepräsident Urs Affolter: Ich möchte diese Diskussion hier abbrechen. Wir werden das gerne aufbereiten, damit wir die genauen Zahlen bekannt geben können - Patrick Bleuer hat das abgeklärt. Cornelia Crouch wollte lediglich die Frage in Bezug auf den Rechenschaftsbericht beantworten. Wir bereiten das aber auf und geben das dem Einwohnerrat bekannt.

Herr Thomas Meier: Ich wollte es in Bezug auf die Kompetenzverteilung wissen.

Frau Sandra Meier-Jaisli: Es freut mich sehr, dass heute Abend viele Zuschauer/innen anwesend waren. Ich stelle aber fest, dass nicht alle ganz glücklich sind auf dem Balkon oben. Die Rückmeldung wurde

mehrfach an mich herangetragen, man sehe zu wenig nach unten und ist zu weit weg vom Geschehen. Daher möchte ich beliebt machen, dass im nächsten Jahr mit dem neu gewählten Einwohnerratsbüro die Sitzordnung überdacht wird - dies auch im Sinne der Transparenz, die heute Abend mehrfach erwähnt wurde.

Frau Präsidentin Christine Knüsel-Bachofer: Das war meine Entscheidung. Aus meinen Augen hat sich das bewährt, die Zuschauenden konnten die Sitzung verlassen, wann sie wollten. Meine Amtsdauer als Ratspräsidentin endet heute Abend. Das liegt in der Kompetenz des Büros und wir werden sehen, wie sie sich entscheiden werden.

Frau Sandra Meier-Jaisli: Heute Abend habe ich festgestellt, dass alle am Frieren sind. Ich möchte beliebt machen, dass nächstes Mal ein paar Grad mehr geheizt wird.

Herr Marco Brack, Betriebswart: Die Heizung ist voll offen, es kann nicht mehr geheizt werden.

Frau Sandra Meier-Jaisli: Und noch eine Frage. Reto Fischer, du hast vorher von der Studie zur Schulsicherheit gesprochen. Bekommen wir diese Studie oder gibt es eine Einsicht in die Ergebnisse?

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Wir können das so aufbereiten, dass wir euch das zur Verfügung stellen können.

Herr Marius Fedeli: Ich möchte noch etwas zum Legislaturziel "Kommunikation" seitens Gemeinderat erwähnen. Aus meiner Sicht wurde die Kommunikation schon besser, darüber haben wir auch schon gesprochen. Das haben wir soeben auch bei den Informationen unter Verschiedenem gehört. Dennoch gibt es noch Luft nach oben. Ich kann das gerne an einigen Beispielen aufführen, in denen die Kommunikation aus meiner Sicht noch verbessert werden könnte. Zum einen gerade heute, Samuel Hasler hat es gesagt, bei der KEBA oder der Badi wäre es wünschenswert, wenn wir mehr Einblick haben könnten. Weiter wurde in einem medialen Interview vom Vize-Gemeindepräsidenten die Aussage gemacht, das Pro-Komitee Bärenplatz hätte zu spät mit der Arbeit begonnen. Eine solche Aussage finde ich sehr stossend. Vor allem, wenn man selber keinen Einblick hatte, wann und wie das Komitee mit der Arbeit begonnen hat. Zudem möchte ich erwähnen, dass es sich um eine Vorlage des Gemeinderats handelte. Seitens Gemeinderat gab es bis auf die Abstimmungsunterlagen nichts. Der Hinweis auf das Betriebskonzept erfolgte beispielsweise erst heute Abend. Für Geschäfte des Einwohnerrats werden jeweils Dokumente zur Verfügung gestellt, die bei der Verwaltung am Schalter angeschaut werden können. Das ist gut und richtig so. Die Stadt Aarau ist in diesem Bereich bereits einen Schritt weiter - das fiel mir auf, als ich das Konzept des Zusammenschlusses Spitex gesucht habe - die Stadt Aarau hat die Dokumente auf der Website aufgeschaltet. Es wäre schön, wenn für solche Sachen nicht Gemeindeangestellte am Schalter aufgehalten werden müssten und solche Dokumente auf die Website geladen werden könnten. Ich komme gerne auf die Verwaltung aber so könnte etwas Zeit gespart werden. Und auch Nicht-Ratsmitglieder könnten die Dokumente einsehen. Und noch zum letzten Punkt. Auf ein Mail von mir vom 14. November 2023 habe ich bis heute vom zuständigen Gemeinderat keine Rückmeldung erhalten. Eine kurze Empfangsbestätigung hätte es getan. Fände ich noch schön. In der selben Kommission wurde Anfang November auf Nachfrage klar, dass die blaue Tankstelle nicht mehr für Jugendliche zur Verfügung steht. Diese sei gemäss Gemeinderatsbeschluss für den Natur- und Vogelschutzverein verfügbar. Mit den Jugendlichen hätte es Probleme gegeben. Es ist unklar, ob diese Information ohne meine Nachfrage überhaupt in die Kommission gekommen wäre. Den Entscheid des Gemeinderats kann ich nachvollziehen. Eine Anschlusslösung für die Jugendlichen gemäss ausgearbeitetem Konzept - welches eigentlich für die blaue Tankstelle war - gab es bisher nicht. Zudem weiss ich als Mitglied des Natur- und Vogelschutzvereins, dass der Verein bereits im Mai mitgeteilt hat, dass er kein Interesse an der blauen Tankstelle hat. Der Gemeinderatsentscheid ist dem NVV bis heute Abend unbekannt. Das sind ein paar Beispiele, in denen

ich mir vom Gemeinderat eine aktivere und offenere Kommunikation und vielleicht etwas mehr Bedacht bei der Wortwahl wünschen würde. Ich möchte das nicht als Kritik, sondern als Anregung einbringen. Ich hoffe, dass auf das Legislaturziel Kommunikation im 2024 noch etwas mehr Gewicht gelegt wird.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ich möchte ein paar Dinge richtigstellen: blaue Tankstelle: Vor rund 2 Jahren - der ehemalige Präsident hat angefragt, ob die blaue Tankstelle vom NVV genutzt werden könne. Wenn das Vereinsintern nicht kommuniziert wurde, kann ich auch nichts dafür. Zweitens gab es im Zusammenhang mit der Suhre-Renaturierung - und ich bitte dich Marius, wenn dann schon alles zu erzählen, was ich der Jugendkommission auch ohne deine Nachfrage, erzählt habe - gab es eine Einsprache vom ganzen Quartier, da seit rund eineinhalb Jahren nächtelang Lärm von der blauen Tankstelle ausging. Die Jugendarbeit wusste, dass die Jugendlichen, die die blaue Tankstelle gemietet haben sich, z. T. gar nicht mehr gemeldet haben. Die Polizei war vor Ort, die Anwohner haben das Gespräch mit den Jugendlichen gesucht. Aufgrund der Renaturierung gab es Einsprachen, da befürchtet wurde, dass dann noch mehr Lärm entsteht. Wenn wir schon von Kommunikation sprechen, muss man alles sagen. Im Anschluss habe ich mit den Anwohnenden Gespräche geführt. Ich habe herausgefunden was dort läuft oder eben nicht gelaufen ist. Da gab es eine Schwierigkeit in der Kommunikation der Jugendarbeit und mir. Aufgrund dessen wurde die blaue Tankstelle geschlossen. Danach hat der Gemeinderat entschieden dem Natur- und Vogelschutzverein das Haus zur Verfügung zu stellen. Ich ging davon aus, dass der Verein dies nach wie vor möchte - ich habe nichts mehr gehört. In der Zwischenzeit gab es Einbrüche. Es gab einen wesentlichen Schaden. Drei Jugendliche konnten eruiert werden, welche sich in der blauen Tankstelle aufgehalten haben. Es stellte sich jedoch heraus, dass sie nicht den Schaden verursachten, sondern einfach das offene Fenster zum Einstieg genutzt haben und dort ein bisschen "gechillt" haben. Mit den Jugendlichen und ihren Eltern suche man das Gespräch etc. Das sind Situationen, welche man als Gemeinderat erlebt. Ich weiss aber nicht, ob solche Details in den Einwohnerrat gehören. Es gehört zum Ressort. Auf Anfrage geben wir gerne Auskunft. Ich finde es schade, dass solche Sachen im Einwohnerrat diskutiert werden müssen und nicht im persönlichen Gespräch stattfinden. Ich habe das bereits bei anderen Themen erwähnt. Ich bin gerne bereit Auskunft zu geben oder zusammen zu sitzen. Marius, wir sind in der selben Kommission, ich erwarte hier auch eine andere Kommission. Noch zum nicht beantworteten Mail: Vom Mail der Gemeinde Suhr an dich hatte ich keine Kenntnis. An der Kommissionssitzung, an welcher du anwesend warst, haben wir festgehalten, dass die Jugendarbeit die Kommissionsliste zusammenstellt und dort das Sitzungsgeld einfordert. Das hast du gewusst, daher hatte ich das Gefühl, dass ich nicht auf deine Mail antworten müsse. Bitte komm mit solchen Sachen jeweils direkt zu mir und schlage nicht hier Schaum damit.

Herr Marius Fedeli: Danke für die Ausführungen. Ich möchte noch anmerken, dass der Natur- und Vogelschutzverein der Verwaltung Anfang Jahr mitgeteilt hat, dass er kein Interesse an der blauen Tankstelle hat. Vielleicht kam das nicht bis zu dir. Ehrlich gesagt habe ich keine Lust mehr in der Jugendkommission aktiv zu sein und gebe hiermit meinen sofortigen Austritt aus der Jugendkommission.

Informationen von Frau Präsidentin Christine Knüsel-Bachofer:

Verabschiedungen

Die Mitte	Denise Zeller Xenaki	Mitglied vom 01.01.2019 - 31.12.2023	5 Jahre
-----------	----------------------	--------------------------------------	---------

Verabschiedung Debora Strub

Debora Strub wird Ende Dezember 2023 nach rund 9.5 Jahren als Mitarbeiterin Hauswartung Gemeindegemeinschaft pensioniert. Der Einwohnerrat wünscht ihr alles Gute und verabschiedet sie mit grossem Applaus.

Einwohnerratsausflug

Präsidentin Christine Knüsel-Bachofer lässt den Einwohnerratsausflug, welcher nach Gränichen ins landwirtschaftliche Zentrum der Liebegg führte, mit ein paar Impressionen Revue passieren.

Verabschiedung Einwohnerratspräsidentin Christine Knüsel-Bachofer

Vize-Präsident Marc Jaisli dankt der Ratspräsidentin für die souveräne Führung der Ratssitzungen und überreicht ihr eine Flasche Wein und einen Gutschein. Applaus.

Traktandum 19

Schlusswort der Präsidentin

Frau Präsidentin Christine Knüsel-Bachofer: Mich dünkt es war erst, als ich ziemlich nervös vor euch gestanden bin. Nun ist das bereits meine letzte Sitzung heute Abend. Diese beiden Jahre gingen im Eilzugstempo vorbei. In meiner Antrittsrede habe ich unter anderem gesagt, vielleicht erinnert ihr euch, dass wenn man zusammen am gleichen Strick zieht und wir uns alle mit unserem persönlichen, beruflichen und auch politischen Erfahrungsschatz und mit gesundem Menschenverstand aktiv einbringen, wenn wir einen respektvollen, wohlwollenden und wertschätzenden Umgang pflegen, dann bin ich sicher, dass wir viel erreichen werden.

Ich möchte das heute wie ein Mantra wiederholen, schadet sicher nicht. Natürlich ist klar, dass bei uns im Rat nicht immer eitler Sonnenschein herrscht. Das wäre ja schon fast zum Fürchten oder würde an ein Wunder grenzen. Und wir mussten uns nach der Coronastarre zuerst wieder etwas näherkommen. Ich finde, das ist uns gut gelungen. Den Samen für eine gute Zusammenarbeit haben wir gepflanzt. Nun müssen wir das hegen und pflegen. Offen, mutig aber nicht übermütig, und selbstbewusst unsere Arbeit weitermachen. Denn wir haben alle dasselbe Ziel vor Augen: Buchs als lebenswerte, attraktive und moderne Gemeinde weiterzuentwickeln.

Für die vielen Lebenserfahrungen, welche ich in den letzten zwei Jahren als höchste Buchserin in meinen Rucksack packen durfte, bin ich sehr dankbar, es war eine sehr lehrreiche und spannende Zeit. Ich habe das gerne gemacht. Es war mir eine grosse Ehre und ich danke euch für euer Vertrauen und eure Wertschätzung mir gegenüber. Danke sagen möchte ich an dieser Stelle von Herzen in unserem Namen, allen die sich tagein tagaus für das Wohl unserer Gemeinde einsetzen. Und ich glaube, das ist ein grosser Applaus wert.

Von Herzen wünsche ich euch allen nun eine lichterfüllte und besinnliche Advents- und Weihnachtszeit. Ich hoffe, dass ihr Momente findet, um innezuhalten und zu geniessen.

Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 4. April 2024 um 19.00 Uhr statt.

Dank

Die Präsidentin dankt allen, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 5. Dezember 2023

Einwohnerrat Buchs AG

Die Präsidentin

Die Protokollführerin

Christine Knüsel-Bachofer

Nicole Keusch